: antifaschistische nachrichten Nr. 17

g 3336 27.8.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Nazi-"Flashmobs": Viel Widerstand, wenig Rechtsextreme

Die angekündigten „Flashmob"-Aktionen der Neonazi-Szene zur Erinnerung an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß haben nach Angaben von Beobachtern bundesweit Widerstand ausgelöst. Flashmobs wurden kaum registriert, dafür aber etliche Gegendemonstrationen.

Auf einem Internet-Portal wurden unter dem Stichwort „Hessmob09" Neonazis für Montagabend, 17.8. zu „Flashmobs" – spontanen Kurzaktionen aufgerufen. Jeweils um 19.30 Uhr sollten sich die Rechten an vorher vereinbarten Orten zusammenfinden und Heß' Schlusswort bei den Nürnberger Prozessen verlesen. Der Flashmob sollten insgesamt nur etwa fünf Minuten dauern. In der rechtsextremen Szene war der Plan umstritten.

Heß wurde im Oktober 1946 vom internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt. Er war am 17. August 1987 im Alter von 93 Jahren in der Berliner Haftanstalt Spandau gestorben.

Quelle: epd, Landesdienst Niedersachsen-Bremen

Lüneburg:

Als 12 Nazis zu einer, von ihnen bei der Stadt angemeldeten Kundgebung vorm DGB-Haus aufliefen, waren bereits fast 400 Nazi-GegnerInnen vor Ort. Sie hatten keine Chance, den angemeldeten Ort zu erreichen. Schließlich räumte die Polizei mit Hilfe zubeißender Hunde eine antifaschistische Blockade, damit die Nazis überhaupt abziehen konnten.

Hannover:

Hier war der Nazi-F(l)ashmob vorm UJZ-Kornstraße angekündigt. Niemand der Heß-Anhänger kam. Stattdessen baute sich die Volxküche vorm UJZ auf. Auf der Kornstraße und im UJZ bewegten sich viele Antifas, die – auch aus anderen Spektren – zwecks antifaschistischer Verteidigung vorsorglich gekommen waren.

chb ■

Inhalt:





ver.di Jugend offensiv gegen Rechts:

„Handschellen für Nazi-Ganoven"

„Handschellen für uns Ganoven" oder „Vernunft statt NPD": Die Passanten in der Dresdener Innenstadt staunten Donnerstagabend nicht schlecht, als sie im Vorbeigehen einen Blick auf die Wahlplakate der NPD zum Landtagswahlkampf in Sachsen warfen.

Dresden, 6. August 2009. Die Wahlplakate der NPD in der sächsischen Landeshauptstadt waren das Ziel der ver.di Jugend, die am Donnerstagabend mit einem kreativen Einsatz den Landtagswahlkampf der rechtsextremen Partei störte. Mit ihrer „Adbusting" genannten Aktion nahm die Gewerkschaftsjugend die für die Landtagswahl Ende August geklebten Wahlplakate aufs Korn. „Handschellen für uns Ganoven", „Vernunft statt NPD" oder „Höchststrafe für Inder-Schänder" war dort zu lesen, wo die Junggewerkschafter ihre bunte Handschrift hinterlassen hatten. Die originelle „Verfremdung" der NPD-Wahlkampfplakate fand viel Beifall bei Touristen und Dresdener Passanten – Bemerkungen wie „Sehr gut, weiter so" oder „Das müssten viel mehr Leute machen" begleiteten die kreative Aktion der ver.di Jugend-Aktiven.



„Mit unserer Aktion beziehen wir klar Stellung gegen den Einzug rechtsextremer Parteien in die Landesparlamente" erklärt Ringo Bischoff, Bundesjugendsekretär der ver.di Jugend. „Wir wollen deutlich machen, dass die rechten Parteien die sozialen Probleme der Menschen nur aufgreifen, um sie für ihre antisemitische, rassistische und nationalistische Propaganda zu missbrauchen" so Bischoff weiter. „Bei den letzten Landtagswahlen haben die Rechten hier in Sachsen über neun Prozent der Stimmen bekommen und sie sind auch in mehreren Stadtparlamenten stark vertreten – das können wir nicht einfach so hinnehmen."

Die Aktion der Jung-Gewerkschafter fand statt im Rahmen der aktuellen Kampagne der ver.di Jugend „Was soll Politik?", mit der die Gewerkschaftsjugend im Super-Wahljahr 2009 die Politik offensiv mit den Forderungen und Wünschen der jungen Generation konfrontiert.

Die Aktion in der sächsischen Landeshauptstadt bildete den Auftakt zu einer ganzen Reihe von öffentlichen Aktivitäten im Rahmen von „„Was soll Politik?".

ver.di Jugend
Mehr unter: http://was-soll-politik.de/presse ■

Gegen die Re-Germanisierung Kaliningrads

RUSSLAND/KALININGRAD. Die Kommunistische Partei Russlands will in Kaliningrad eine Bewegung gegen die Re-Germanisierung gründen. „Die immer häufigeren Erklärungen einiger unserer Politiker, der Stadt den alten deutschen Namen zurückzugeben und das Kaliningrader Gebiet in Preußen umzubenennen, beunruhigen uns sehr“, erklärte der örtliche Vorsitzende der Kommunisten, Iwan Rewin, in einem Interview mit der „Konsomolskaja Prawda“. „Dagegen muss man etwas tun“, so Rewin und kündigte am 22. Juni – an diesem Tag gedenkt Russland alljährlich des Überfalls der Wehrmacht auf die Sowjetunion – die Gründung einer entsprechenden Gegenbewegung an. *hma* ■

„Marsch für das Leben“ in Berlin

BERLIN. Der „Bundesverband Lebensrecht e.V.“ (BVL), ein bundesweiter Zusammenschluss verschiedenster „Lebensschützer“-Gruppen, will am Samstag, den 26.September, erneut einen „Marsch für das Leben“ in Berlin durchführen. Die Veranstaltung beginnt um 13 Uhr mit einer Kundgebung am Neptunbrunnen in Berlin-Mitte. Um 14 Uhr soll ein Demonstrationszug zur St. Hedwigs-Kathedrale durchgeführt werden, der dort um 15 Uhr mit einem ökumenischen Gottesdienst enden soll. Der BVL gehört auch zu den Unterstützern einer derzeit laufenden Unterschriftensammlung zur Vorlage beim Rat und der Synode der EKD, in der „auf Grundlage des Evangeliums“ ein „eigenes kirchliches Beratungs- und Unterstützungsmodell“ für Schwangere gefordert wird, „das eine dem Leben des Kindes verpflichtete Beratung gewährleistet.“ *hma* ■

Kandidaten wider Willen

RHEIN-SIEG-KREIS. Mit einer 29-köpfigen Reserveliste tritt die extrem rechte Kleinpartei „Ab jetzt… Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung“ zur Wahl des Kreistags im Rhein-Sieg-Kreis an. Bei den letzten Kommunalwahlen konnte die Kleinpartei um den 1938 im damaligen Königsberg geborenen Ingenieur Helmut Fleck (Siegburg) jeweils einen Sitz im Kreistag und im Rat der Stadt Siegburg erringen. Auf welche zweifelhafte Weise Kandidaten für „Ab jetzt“ angeheuert wurden, berichtete der „General-Anzeiger“ in Bonn am 18. August. Demnach fiel eine Altenpflegerin aus allen Wolken, nachdem sie im Rheinbacher Mitteilungsblatt ihren Namen in der Liste der Kandidaten für „Ab jetzt“ fand. Auf dem Parkplatz vor einem Supermarkt hatte sie – so glaubte sie - ihre Unterschrift für eine allgemeine Umfrage zum Thema Volksabstimmungen gegeben. Im Rathaus versuchte sie, ihre versehentliche Kandidatur rückgängig zu machen. Doch ihre Unterschrift ist bindend. Eine Rücktrittsfrist gibt es nicht.

Auch in Troisdorf fand sich ein Ehepaar beim Wahlleiter ein, das sich auf den Kandidatenlisten von „Ab jetzt“ wiederfand, und versuchte, die missliebige Kandidatur rückgängig zu machen. Ein Straftatbestand liegt in solchen Fällen nicht vor, urteilte unlängst die Aachener Staatsanwaltschaft. Zumindest solange die Unterzeichner im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte sind.

Ähnlich erging es dem Morsbacher Dieter Beckers, wie die „Oberbergische Volkszeitung“ berichtete. Zuerst fand der Maler- und Lackierermeister einzelne Positionen von „Pro NRW“ sympathisch und nahm Kontakt zu der selbsternannten „Bürgerbewegung“ auf. Als er in einer Informationsveranstaltung in Marienheide über die „Pro“-Bewegung und deren extrem rechten Hintergrund erfuhr, hatte er sich bereits zu einer Kreistagskandidatur für „Pro NRW“ bewegen lassen. Sein Versuch, die Kandidatur noch rückgängig zu machen, scheiterte.

Nun hofft Beckers, dass ihn nur ja keiner wählt. *hma* ■

Heß-Demonstration in Budapest ausgefallen

UNGARN. In Budapest ist es bis in den späten Abend hinein nicht zu den befürchteten rechtsextremen Aktionen aus Anlass des Todestages von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß gekommen. Nach derzeitigen Informationen setzte die Polizei die ergangenen Demonstrationsverbote konsequent durch. Lediglich kleinere Gruppen Rechtsextremer seien immer mal wieder im Innenstadtbereich aufgetaucht. Unklar ist allerdings, ob ein für den Abend angekündigtes RechtsRock-Konzert stattfinden konnte.

Rund 400 Menschen hatten den Tag über an mehreren Veranstaltungen gegen Rechts teilgenommen. Aus Sicht der deutschsprachigen Budapester Zeitung Pester Lloyd seien dies jedoch deutlich zu wenige gewesen. Sie bezeichnet das Ergebnis der Gegenmobilisierung deshalb als »eine eindeutige Niederlage für das antifaschistische Ungarn«.

Eigentlich sollte ein breites Bündnis von links über grün bis bürgerlich Stärke gegen Rassisten und Rechtsradikale zeigen, die in Ungarn immer mehr die Medien und die öffentliche Meinung bestimmen und längst eine Bewegung mit breiter Akzeptanz geworden sind. In Wirklichkeit war die groß angekündigte Gegendemo mehr ein Treffen von ideologischen Selbsthilfegruppen. Es gab fast mehr Veranstalter als Teilnehmer.

Die Kommunikation mit dem “normalen Volk” scheint den politisch Engagierten sichtbar abhanden gekommen zu sein, ganz im Gegensatz zur Rechten, die kein Mobilisierungsproblem in Ungarn hat. Viele richtige Parolen, ob von “Vereinigter Linke”, einer feministischen Bewegung und verschiedenen Antifa-Grüppchen, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass “die Ungarn” offenbar keinen Bedarf sehen, die Rechtsextremen in die Schranken zu weisen und sei es nur, um ein Zeichen in Richtung europäische Öffentlichkeit zu senden, geschweige denn, sich mit ihren Mitbürgern, den Roma zu solidarisieren. Ungarns moralischer Status ist derzeit desolat.

Bei den Veranstaltungen beherrschten die Mordanschläge auf Roma die Reden, lediglich der Philosoph Miklós Tamás Gáspár, hielt in sehr engagierter Weise eine Rede, welche die tiefer liegenden Ursachen für die Entstehung faschistischer Bewegungen und des Chauvinismus` erklärte und die er mit der Mahnung verband, dass sich die Gesellschaft insgesamt erneuern, ja umwandeln muss, um Ärgeres zu verhindern. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Zusammensetzung des nächsten Parlamentes diskriminierende Gesetze gegen Minderheiten ermögliche und alles noch viel schlimmer kommen könnte als heute.

Quelle: http://www.eurorex.info/2009/08/16/ungarn-hes-demonstration-in-budapest-ausgefallen/ ■

Flashmob für Rudolf Hess fand nicht statt

Frankfurt. Sommer, Sonne, gute Laune auf der Zeil – der von den Nazis für Frankfurt angekündigte Flashmob für R. Heß fand nicht statt. Über 200 AntifaschistInnen erwarteten ab ca. 19:00 die Anhänger des NS-Helden, die ihre bizarre Aktion minutiös für die Zeit von 19:33 bis 19:35 angekündigt hatten. Aber nichts geschah – tote Hose für Rudi Hess. Stattdessen gute Laune, Musik und sommerlich-lockerer Plausch der Anwesenden Nazi-Gegner beim Antimop vor dem Kaufhof an der Hauptwache.

Etwas später wurde über einen dann doch auch dort lieber abgebrochenen Versuch weniger Rest-Nazis informiert, ihren Auftritt in Offenbach nachzuholen – aber das wurde offenbar nichts. Immerhin: für die kurze Vorlaufzeit keine schlechte Mobilisierung für uns – so bleibt man im Training …

Anti-Nazi-Koordination, 17.8.09
http://antinazi.wordpress.com ■

Hess-Gedenken in Essen erfolgreich verhindert!

Durch antifaschistisches Engagement konnte in Essen der angekündigte Flashmob zum Gedenken an Rudolf Hess verhindert werden. Rund 10-15 Faschisten hatten sich aufgemacht, zu dem im Internet veröffentlichten Treffpunkt zu gelangen, sie wurden jedoch ca. 100 Meter vor diesem von 60 Antifaschisten und Antifaschistinnen abgefangen. Die Polizei, welche seit dem Nachmittag mit einer Hundertschaft und einem Kamerawagen in der Innenstadt vertreten war, bildete sofort einen schützenden Kreis um die Faschisten. Nach rund einer halben Stunde kam die Polizei zu dem Schluss, dass es nicht möglich sei die Faschisten unbeschadet durch die, ihnen gegenüber stehenden, Gegendemonstration zu leiten. Während die Faschisten zum Hauptbahnhof geleitet wurden, versuchte die Polizei die Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Fußgängerzone festzuhalten. ■

Europäische Neonazis treffen sich beim 2. „Tag der Freiheit"

NOVÝ KNÍN (PRAG). „Das ist eine Wohltätigkeits-Veranstaltung zugunsten der Flutopfer. ... Unsere Aktion hat keinen politischen Hintergrund. Die Vertreter der „Dìlnická strana" sind nur Gäste." So diktiert es Jiri Barta den JournalistInnen vor dem Open Air Kino von Nový Knín in die Kameras und Schreibblöcke. Diese können sich ein Schmunzeln kaum verkneifen. Immerhin ist die Rede vom „Den svobody". Dieser so genannte „Tag der Freiheit" ist seit Monaten als das Neonazi-Event in Nordtschechien beworben. Dazu sind etwa 250 Neonazis aus Tschechien und Teilen Europas angereist.

Barta ist Funktionär der tschechischen Neonazi-Partei „Dìlnická strana" (DS) und und tritt der Presse gegenüber als Organisator des zweiten „Den svobody" auf. Kurz darauf gibt der Vorsitzende der „Dìlnická strana", Tomáš Vandas bekannt, dass es sich selbstverständlich um eine politische Aktion handele und vehement abstreitet, es sei eine „Wohltätigkeitsveranstaltung". Stattdessen stünde sie unter der „Schirmherrschaft" der DS.

Nový Knín ist eine Kleinstadt, etwa 40 Kilometer südlich von Prag gelegen. Hier im Open Air Kino findet, abgeschirmt von Gebüsch, Mauern und Stacheldraht, der 2. „Tag der Freiheit" statt. Angemeldet hat ihn nach Polizeiangaben, wie schon im Vorjahr Tomáš Vandas selbst. Am 16. August 2008 sollte der „Den svobody" in Pardubice stattfinden, wurde dann aber verboten und schlussendlich demonstrierten etwa 280 Neonazis illegal durch Hradec Králové.

Am diesjährigen „Tag der Freiheit" nahmen etwa 250 Neonazis teil. Zum Großteil stammten sie aus Tschechien. Kleinere Gruppen kamen aber auch aus den deutschen Regionen Chemnitz, Regensburg-Cham, Leipzig und Dortmund. Ebenfalls vertreten waren Neonazis aus der Slowakei, Österreich, Frankreich, England und Ungarn. Eine Reihe Neonazis erschienen zudem gemeinsam in T-Shirts mit der Aufschrift „Waffenbrüder Deutschland Hungary", darunter Matthias Fischer aus Fürth und Illés Zsolt, der ungarische Chef von Blood&Honour. Diese hatten ursprünglich geplant, an einem Gedenkmarsch anlässlich des Todestags von Rudolf Hess in Budapest teilzunehmen. Dort war der Aufmarsch jedoch verboten worden.

Das Programm des Neonazi-Events orientiert sich stark am Pressefest des „Deutsche Stimme Verlags" der NPD. Das verwundert nicht, da die NPD spätestens seit ihren erfolgreichen Einzügen in zwei deutsche Landtage als Vorbild für die DS dient. Neben Bands aus Tschechien und dem Ausland traten beim „Den svobody" eine Reihe von Rednern auf. Außerdem wurden den Neonazis ein Kinderprogramm, eine Tattooshow sowie Informationsstände verschiedener neonazistischer Projekte geboten.

Zusätzlich zu den obligatorischen Reden des DS-Vorsitzenden und von Vertretern tschechischer und slowakischer „Autonomer Nationalisten" waren gleich mehrere deutsche Redner angekündigt.

Für die NPD Chemnitz sollte deren stellvertretende Vorsitzende Katrin Köhler sprechen. Für den NPD Kreisverband Regensburg Stadt/Land war Willi Wiener angekündigt. Ferner sollte ein Aktivist vom „Freiem Netz Leipzig" sprechen. Nach Angaben tschechischer Medien handelte es sich dabei um den Leipziger Neonazi Patrick Fischer. Schon mehrfach waren die NPD-Aktivisten in der Vergangenheit in Tschechien in Erscheinung getreten. Und Fischer verlas beim „Thüringentag" in Arnstadt am 13. Juni ein Grußwort von Patrik Vondrak, einem führenden Neonazi des tschechischen „Národní Odpor" (Nationaler Widerstand). Für MedienvertreterInnen gab es keinen Zutritt. Die Neonazis wollten unter sich sein. *Quelle: www.recherche-ost.com* ■



Aktueller Stand:

Das Verbot der Nazidemo wurde vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen kürzlich bestätigt. Die Nazis wollen bis zur letzten Instanz klagen. Dass das Verbot Bestand behält, ist alles andere als sicher.

Die Stimmung beim „Kooperationsgespräch" mit der Polizei war angespannt. Die Polizei war zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Sie hat dem Bündnis eine Route für den 5.9. vorgeschlagen, die vom Hauptbahnhof bis zum Westpark führen würde und von unserem Auftaktort nur 10 Minuten entfernt wäre. Dies ist für uns nicht hinnehmbar.

Wir werden, sobald uns die Polizei die Verbotsverfügung gegen unsere angemeldete Route (diese soll zum Wilhelmplatz nach Dortmund-Dorstfeld in die Nähe der Nazi-Wohngemeinschaften der „Autonomen Nationalisten" führen) zugestellt hat, Klage vor den Gerichten erheben. Bis zur letzten Instanz. Achtet auf unseren Blog:

http://dortmundquergestellt.wordpress.com/

Demo zum BGH-Urteil

MANNHEIM. Am 14.8.09 fand in Mannheim eine Spontandemonstration anlässlich des Urteils vom Bundesgerichtshof Karlsruhe zu NS-Parolen vom 13.08.09 statt. Der Bundesgerichtshof Karlsruhe beschloss am 13.8.09, dass NS-Parolen nur strafbar sind, solange sie in deutscher Sprache formuliert werden. Die deutsche Sprache gebe den Parolen erst den Charakter. Die Übersetzung in eine andere Sprache stelle eine grundlegende Veränderung dar. Das Urteil bezog sich auf einen Fall von 2005, in dem ein Neonazi vom Landgericht Gera zu einer Geldstrafe von 4200,- Euro verurteilt worden war, weil er 100 T-Shirts der in Deutschland verbotenen rechtsextremen Organisation „BLOOD & HONOUR" mitgeführt hatte. Für die Beamten stellte dies damals einen Verstoß im Sinne von Verwendens Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation dar. Dieses Urteil wurde nun durch den Beschluss vom Bundesgerichtshof Karlsruhe aufgehoben. Nicht nur das ist ein Fehler, auch das ganze Urteil. Man bietet den Nazis hiermit eine enorme Spielwiese.

Zu der Spontandemonstration gegen dieses fatale Urteil hatten sich etwa 20 Personen gegen 17 Uhr an der Haltestelle Rheinstraße versammelt. Unter dem Motto „Naziparolen verbieten – Überall und in jeder Sprache" zog die kleine aber feine Demo dann von der Rheinstraße am Reiß-Museum vorbei zum Paradeplatz und von dort weiter zum Wasserturm. Es wurden laut Parolen wie „Naziparolen übersetzen – es ist und bleibt das gleiche Hetzen", „Faschismus gibt's in jedem Land – nehmt den Nazis den Duden aus der Hand" skandiert und knapp 300 Flugblätter zum Thema verteilt. Polizei begleitete die Demonstration, griff aber nicht ein. Am neuen Messplatz wurde die Demonstration dann aufgelöst.

Wichtig ist es nun, den Protest gegen das Urteil des Bundesgerichtshofs Karlsruhe überall auf die Straßen zu tragen.

Quelle: indymedia ■

Rechte Hetzer blieben unter sich

„Pro Köln" Stadtteilkundgebungen ausgefallen

Mehrere hundert Teilnehmer hatte „pro Köln" zur zentralen Wahlkampfveranstaltung am 14.8. auf dem Roncalliplatz angekündigt. Erschienen sind gerade einmal knapp 100 Personen, die sich gegen die bis zu 700 Gegendemonstranten rund um den Platz behaupten mussten.

Die Sonne lachte und so schien zunächst alles bestens für die „pro"-Bewegung zu laufen. Der Platz war von der Polizei weiträäumig abgesperrt, die Aufbauarbeiten des LKW und der Wahlkampf-Tischchen liefen reibungslos. Lange Gesichter bei den Rechtspopulisten gab es dann allerdings, als die Gegendemonstranten eine Überzahl erreichten, mit der bei „pro Köln" so niemand gerechnet hatte.

Mit Trommeln, Trillerpfeifen und der eigenen Stimme wurde eine Lautstärke rund um den Roncalliplatz erzeugt, die bei weitem die Lautsprecher der pro-Bewegung übertönte. Vergeblich versuchten Beisicht, Uckermann und Wiener mit erhobener Stimme auch die vorübergehenden Passanten mit ihrer rassistischen Hetzpropaganda zu erreichen. Auch die Internet-Übertragung auf „pi-news" misslang gründlich: Kein einziges Wort konnte im Live-Stream vernommen werden.

Der Protest gegen „Pro Köln" zeigte sich bunt und vielfältig. Die grüne Jugend, Gewerkschafter, die Linke und viele andere hatten sich eingefunden. Mit zwei großen Transparenten machte der „Aufbruch für Köln", der den CDU-Oberbürgermeisterkandidaten Peter Kurth unterstützt, auf sich aufmerksam und fegte während und nach der „Pro Köln"-Wahlkundgebung den Roncalliplatz. Dabei gingen „Pro Köln"-Anhänger immer mal wieder aggressiv auf die friedlichen Gegendemonstranten zu. Allerdings schritten die eigenen Ordner dann immer sofort beschwichtigend ein. Man war wohl peinlich darauf bedacht Bilder, die aggressive Mitglieder der Bürgerbewegung zeigen, zu vermeiden.





Fotos: mb

Gegen 19.30 Uhr setzte sich die, vor allem aus Senioren bestehende Anhängerschar durch einen vorher durch die Polizei freigehaltenen Korridor in Richtung Hauptbahnhof in Bewegung. Auf Gleis 1 hatten junge Menschen den Bahnsteig und den Durchgang mit einer friedlichen Sitzblockade blockiert. Die Kölner Polizei fand eine kölsche Lösung: Als die Regionalbahn 48 nach Wuppertal einfuhr, wurden die „Pro Köln"-Anhänger kurzerhand aufs Rechtsrheinische verfrachtet.

Entgegen aller „Pro Köln"-eigenen Meldungen, die immer wieder von hunderten Anhängern sprechen, die an den Veranstaltungen teilnehmen – was schlicht nicht der Wahrheit entspricht –, gelingt es „Pro Köln" anscheinend nicht, ein größeres Publikum zu bewegen, sich offen für die extrem rechte Bürgerbewegung zu engagieren.

Alles in allem also ein erfolgreicher Abend für alle Kölner, die wieder einmal gezeigt haben, dass fremdenfeindliche Propaganda in ihrer Stadt nichts zu suchen hat und damit ein gelungenes Zeichen für die bevorstehende Kommunalwahl am 30. August. Die überragende Anzahl der Gegendemonstranten konnte eine Vielzahl an Passanten erreichen, die auch offen ihren Unmut üüber die „Bürgerbewegung" äußerten.

Auch wenn eine selbstgefällige Pressemitteilung von „pro Köln" der Öffentlichkeit das Gegenteil beweisen soll: Die Kundgebung war ein Reinfall. Dementsprechend fiel wohl auch schnell die Entscheidung, die für Samstag geplanten Veranstaltungen abzusagen, um sich weitere Peinlichkeiten zu ersparen. Ohnehin wären die Teilnehmerzahlen für „pro Köln" wohl noch unter dem Niveau der „Mahnwachen" in Ehrenfeld vor einigen Monaten geblieben.

Quellen: ao-wipperfuerth.blogspot.com und www.report-k.de ■

Proteste gegen NPD-Infostände in Hamburg

Am Samstag, den 8. August 2009 wollte die NPD in Hamburg mit zwei Infoständen in den Stadtteilen Barmbek und Wandsbek ihre menschenverachtende Politik unter die Leute bringen. Im Vorfeld wurde dazu aufgerufen, den Protest vor Ort deutlich kund zu tun, z.B. mit der Aktion brauner Sack vom Hamburger Bündnis gegen Rechts. Mit Erfolg, wie sich zeigte.

NPD-Infostand in Hamburg-Barmbek

Schon gegen 9 Uhr hatten die Hamburger NPD ihren Infotisch unter massivem Schutz der Polizei vor einer Buchhandlung aufgebaut. Die Nähe der Hamburger NDP zu den Freien Kameradschaften war deutlich sichtbar. Unter den ca. 20 anwesenden Nazis befanden sich u.a. auch Mitglieder der Freien Kräfte, wie z.B. Inge Nottelmann vom Aktionsbüro Norddeutschland. Die Polizei schirmte die Nazis ab und ließ antifaschistischen Protest von ca. 70-80 Menschen nur auf der anderen Straßenseite zu, wo gerade Markt war. An allen Straßenseiten haben einzelne AntifaschstInnen Flugblätter gegen die NPD verteilt und sich mit den brauen Säcken postiert, damit das Nazimaterial wieder da hinkommt, wo es hingehört – nämlich auf den Müll. Viele Marktbesucher äußerten auch ihre Ablehnung gegen Nazis, auch dadurch dass sie auf eine von Protestierenden mitgebrachte Hupe drückten.



Nachdem ein mutiger Bürger mit einem Eimer Wasser, in dem sich eine Pflanze befand, zu dem Nazistand gegangen ist, um mit Hilfe des Eimerinhalts deutlich seine Meinung zu sagen, wurde dieser sofort von einem Nazi angegriffen, welcher dann von der Polizei verhaftet wurde. Der brutale Naziübergriff führte zu berechtigten starken Protesten und viele der Antifaschisten versuchten auf die Seite des Nazistandes zu kommen. Anstatt den Stand abzubrechen, führte die Polizei daraufhin einen massiven Polizeieinsatz gegen die Antifaschisten durch, nahm einen Antifaschisten fest und drängte einen Teil der Protestierenden mehrere hundert Meter weit ab. Der Polizeieinsatz wurde ohne vorherige Ansprache durchgeführt. Daraufhin wurde eine Spontankundgebung angemeldet.

Polizei schützt verurteilten Nazischläger

Dass für viele Faschisten die Nichtanwendung von Gewalt nur ein taktisches Mittel ist, zeigte sich dann leider kurz vor Ende des angemeldeten Infostandes. Eine Frau, die sich am Infostand Material nehmen wollte, wurde brutal niedergeschlagen, so dass sie u.a. eine Gehirnerschütterung erlitt. Laut Hamburger Morgenpost heißt der Nazischläger Detlev B. (49 Jahre alt). Er wurde von der Polizei in Gewahrsam genommen.

Die Nazis sollten daraufhin mit einem HVV-Bus zum weiteren Stand nach Wandsbek transportiert werden. Hier zeigte der Busfahrer aber Zivilcourage und hat die Nazis aus Sicherheitsgründen nicht mitgenommen. Die Nazis wurden dann mit einem anderen HVV-Bus transportiert und von dort auf Staatskosten mit einem Sonderbus zum zweiten Infostand.

NPD-Infostand in Wandsbek

Die Nazis, stark demoralisiert, führten auch hier ihren Stand unter großem Polizeieinsatz durch. Hinter den Polizeiketten wurden wieder Flugblätter an die PassantInnen verteilt und die braunen Säcke rausgeholt. Auch wurden Schilder an der Straße hochgehalten mit „Hupen gegen Nazis“, was Zuspruch bei den Autofahrern fand. Im Umfeld kam es zu mehreren Platzverweisen und Personalienfeststellungen, die nicht begründet wurden. Drei Menschen haben Platzverweise erhalten, weil sie angeblich Eier dabei hatten. Bei der Festsetzung von fünf Antifaschisten 200 Meter vom Nazistand entfernt, hat ein Polizist ohne Vorwarnung sein Tränengas aus der Tasche geholt und gedroht, dieses anzuwenden.

Unsere Proteste waren erfolgreich. Wir konnten deutlich machen, dass neofaschistische Propaganda nicht erwünscht ist. Die Nazis konnten nur durch massive Polizeipräsenz ihre Stände durchführen. Die Polizei hätte schon nach dem ersten Übergriff der Nazis den Infostand für beendet erklären müssen und hat daher auch den brutalen Angriff auf die Frau zu verantworten. Dass sie stattdessen auf die protestierenden Bürger mit Knüppeln losging, ist nicht hinnehmbar.



Laut Polizeibericht wurden 11 Platzverweise erteilt, acht Personalien festgestellt, drei Strafverfahren eingeleitet und drei Personen festgenommen.

Wir lassen uns aber nicht spalten und werden auch zukünftig unseren Protest gemeinsam auf die Straße tragen.

Keine Stimme den Nazis

http://www.keine-stimme-den-nazis.org ■

Skandal um Umfragenfinanzierung rückt Sarkozys Rechtsaußen-Berater ins Tageslicht:

Patrick Buisson, der Mann fürs Grobe

Im Laufe des Juli 2009 wirbelte ein Skandal um die Finanzierung von bestimmten Umfragen durch den Elysée-Palast (also das französische Präsidentenamt) einigen Staub auf. Der Vorwurf lautet auf mutmaßliche Vetternwirtschaft: Das Institut eines einflussreichen Beraters von Staatschef Nicolas Sarkozy, Publifact – das dem Stichwortgeber des Staatsoberhaupts, Patrick Buisson, gehört – hatte fette Honorare für die Durchführung von Meinungsumfragen kassiert. Diese hatte das Präsidialamt ihm, deutlich „über Marktwert“, bezahlt. Dieselben Umfragen bzw. ihre Resultate konnte man aber, haargenau identisch, zur selben Zeit auch in französischen Zeitungen und insbesondere im ‚Figaro‘ nachlesen.

Der französische Rechnungshof (la Cour des comptes) hat sich zwischenzeitlich eingeschaltet und hat nun einige Unregelmäßigkeiten unterstrichen. So bezahlte das französische Präsidialamt dem Unternehmen Publifact 392.288 Euro für ein paar Umfragen, die vom Meinungsforschungsinstitut OpinionWay durchgeführt worden waren – und für die OpinionWay ihm wiederum annähernd 190.000 Euro berechnet hatte.

Diese Umfragen wurden zugleich auch durch die konservative Tageszeitung ‚Le Figaro’ und den Kabelfernsehsender LCI (der dem Konzern des seit 1987 privatisierten ersten Fernsehkanals, TF1, gehört) publiziert. Es stellte sich ferner heraus, dass LCI/TF1 und ‚Le Figaro‘ im Laufe des Jahres 2008 insgesamt die Ergebnisse von rund 30 Umfragen bei OpinionWay erworben haben – für insgesamt 50.000 Euro im gesamten Jahr. Dies wäre eine Summe, die deutlich unterhalb des üblichen Marktpreises läge: mit rund 200 Euro pro beim Publikum getestete Fragestellung, gegenüber einem marktüblichen Preis in Höhe von rund 700 Euro.

Nun liegt der Verdacht nahe, dass der Präsidentenpalast gleich in doppelter Richtung korrupt agiert, d.h. politische und persönliche Freunde finanziert hat: Einerseits zugunsten des ‚Figaro‘ (als relativ einflussreicher Pro-Regierungs-Zeitung) und des privaten Fernsehkonzerns von TFA; dessen Eigentümer(-Erbe), Martin Bouygues, ist ein Duzfreund Nicolas Sarkozys. Zum Anderen aber auch zugunsten von Patrick Buisson und seines Büros Publifact, das Honorare – die in seinem Auftrag, oder für mehrere Auftraggeber zugleich, durch OpinionWay durchgeführt worden sind – weit über die realen Kosten hinaus kassiert haben dürfte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang nicht der (überaus reale) Aspekt der Korruption, der an der ganzen Geschichte mit dran hängt. Brisant ist zuvörderst das politische Profil des Begünstigten Patrick Buisson, der auf diese Weise aus dem Füllhorn des französischen Staatsvermögens finanziert worden ist und der zugleich als einer der einflussreichsten Ratgeber Präsident Sarkozys gilt – auch wenn er nicht so sehr im Lichte der Öffentlichkeit steht wie dessen „offizielle“ Berater, Claude Guéant (konservativ-wirtschaftsliberal, ein pragmatischer Machtpolitiker) und sein Redenschreiber Henri Guaino (schwülstig-patriotisch; ein EU-skeptischer und „sozial“ auftretender Gaullist).

Aufgrund und „dank“ der aktuellen Affäre wurden nunmehr die Scheinwerfer ein bisschen stärker auf das Treiben desselben Patrick Buisson gelenkt. Dieser war zwar kein gänzlich Unbekannter: Am 20. November 2008 hatte das sozialliberale Wochenmagazin ‚Le Nouvel Observateur‘ ein ausführliches Portrait Buissons veröffentlicht, aus dem u.a. seine Rechtsaußen-Vergangenheit – jüngeren Datums – klar hervor ging. Man erfuhr dort auch, dass es Buisson war, auf den u.a. die Idee der Einrichtung eines „Ministeriums für Einwanderung und nationale Identität“ (das seit dem Wahlsieg Nicolas Sarkozys im Mai 2007 real besteht) zurückgeht. Doch dem breiten Publikum blieb dieser Präsidentenberater, als ein Mann des Schattens, eher unbekannt.

Nun publizierte, nachdem der aktuelle Skandal einen günstigen Moment dafür bot, die linksliberale Tageszeitung ‚Libération‘ in ihrer Ausgabe vom 23. Juli 2009 ein politisches Portrait Patrick Buissons. Einige Auszüge davon sind ausgesprochen brisant.

Und hier einige Kostproben davon:

„(...) Die Herkunft, die kulturellen und intellektuellen Bezüge und die Werte: Alles macht aus (Buisson), dem aktuellen Chef des Geschichtssenders ‚Histoire‘ – einer Filiale des Fernsehsenders TF1 – einen Mann der extremen Rechten, auch wenn er nie einen Mitgliedsausweis bei einer ihrer Gruppierungen besessen hat. (...) Er war lediglich zeitweiliges Mitglied bei der ‚Nationalen Studentenvereinigung‘ FNEF, während seiner Studierendenjahre in Nanterre rund um das Jahr 1968 herum. Dort begegnete er u.a. Marie-France Stirbois (Anm.: frühere FN-Abgeordnete, die im April 2006 verstarb) *und Bruno Gollnisch, auch wenn der letztgenannte FN-Vizepräsident heute angibt, ‚keinerlei Beziehung, auch nicht privat, zu Patrick Buisson zu unterhalten‘.*

Bevor er spätestens 2005 einer der wichtigsten informellen Berater des damaligen Präsidentschaftskandidaten Nicolas Sarkozy wurde, war Patrick Buisson immer ein Anhänger einer ‚Union aller Rechten‘ (Anm.: das bedeutet, einer Allianz unter Einschluss des rechtsextremen Front National) gewesen. ‚Ab 1984 (Anm.: Jahr des Durchbruchs des FN zur erfolgreichen Wahlpartei bei den damaligen Europaparlamentswahlen) *(...) trat er aktiv für ein Bündnis zwischen der Partei von Jean-Marie Le Pen und der Parteien der klassischen/traditionellen Rechten ein‘, vertraut uns einer der wenigen Freunde des Mannes an. Er (Buisson) ist im Übrigen einer der Hintermänner der Annäherung zwischen Bruno Mégret, der damals* (Anm. BhS: nachdem er 1982 den neogaullistischen RPR bzw. seine frühere einflussreiche Position dort verließ) *an der Spitze der ‚Republikanischen Aktionskomitees‘ CAR stand, und dem Chef des Front National, mit welch letzterem Patrick Buisson damals auch weiterhin regelmäßige Kontakte unterhält. In den Jahren 1986 und 87 leitet er die Redaktion der (Anm.: rechtsextremen aber relativ parteiunabhängigen) Wochenzeitung ‚Minute‘ und wird dann Chefredakteur bei ‚Valeurs Actuelles‘* (Anm.: Wochenmagazin, das zwischen Konservativen und Rechtsextremen angesiedelt ist; vgl. http://www.trend.infopartisan.net/trd0107/t120107.html).

Dort begegnet er dem englisschen Milliardär Jimmy Goldsmith (Anm.: der Urheber der britischen EU-feindlichen Partei UKIP) *und* (dem nationalkonservativen französischen Katholiken) *Philippe de Villiers. Dessen Berater wird er sehr schnell, bei den Europaparlamentswahlen 1994* (Anm. BhS: wo Philippe de Villiers mit über 12 % der Stimmen seinen ersten Wahlsieg feiert, als Anführer einer zeitweilig erfolgreichen Kraft zwischen Konservativen und FN) *und noch bis Anfang 2005.*

Während er (Anm.: ab 2005) *offiziell bereits für Nicolas Sarkozy tätig war, ‚telefonierte er mit Philippe de Villiers, um ihm zu sagen, dass dieses oder jenes Wort oder Konzept, das er für den Wahlkampf Sarkozys getestet hatte, eher/ziemlich gut funktionierte. Und die Umfragen, die er in Auftrag gab, wurden zugunsten von Philippe de Villiers korrigiert‘. So erzählt es ein ehemaliges Mitglied im Wahlkampfstab von* (Philippe de Villiers) *bei der Präsidentschaftswahl* (Anm. BhS: im April 2007, wo der Nationalkatholik und Europaparlaments-Abgeordnete jedoch nur gut 2 Prozent der Stimmen erhielt, während Sarkozy erfolgreich seine und auch Le Pens Wählerschaft umwarb). *‚Patrick war schon immer in der Position, die er heute einnimmt, die eines Zwischengängers und Schattenberaters. Er funktioniert eher als einsamer Wolf denn als Mitglied eines Teams oder einer Clique‘, erklärt ein früherer Journalist bei ‚Minute‘. (...)“*

Nicht unbrisant, wen Nicolas Sarkozy sich da so als Berater aushält...

Bernhard Schmid, Paris ■

NPD-Hetze in Köln – LINKE stellt Strafanzeige

Die NPD hat auf ihrer Homepage in einer „Wahlkampfmitteilung" Anfang August übelste Hetze verbreitet. DIE LINKE. Köln stellte Strafanzeige. Jetzt ermittelt die Kölner Staatsanwaltschaft gegen die örtliche NPD wegen Volksverhetzung. In dem Text auf ihrer Homepage hetzten die Rechten gegen „Untermenschen". Wir dokumentieren dazu einen Artikel von P. Beucker & F. Überall aus der Taz.

KÖLN taz | Wegen des Verdachts der Volksverhetzung hat die Kölner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen die örtliche NPD eingeleitet. „Wir haben einen Ermittlungsauftrag andie Staatsschutzabteilung der Kölner Kriminalpolizei gegeben", sagte Oberstaatsanwalt Rainer Wolf der taz. Hintergrund ist eine „Wahlkampfmitteilung" der rechtsextremen Partei.

In dem über ihre Homepage verbreiteten Text hetzt die Kölner NPD unter anderem gegen „Türkenheere, Gutmenschen, Linksextremisten und andere Untermenschenvereinigungen". Im Zusammenhang mit dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan heißt es: „Selbst der mächtige Diktator, der dieses Land in den Jahren zwischen 1933-1945 regierte, hatte nur Vorstellungen bis zur Wolga." Über Straftäter mit Migrationshintergrund ist zu lesen: „Wir werden diesen Leuten in unserem Land den Gar aus [!] machen." Laut Duden bedeutet, diesen Menschen „den Garaus machen", sie umzubringen.

Dass sich jetzt die Staatsanwaltschaft mit den verbalen Entgleisungen der NPD beschäftigt, verdankt sich einer Strafanzeige des Fraktionsvorsitzenden der Kölner Linkspartei, Jörg Detjen. „Dieser Text enthält eine eindeutige Gewaltankündigung, die bestimmten Gruppen mit Vernichtung droht", sagte Detjen der taz. „Hier muss der Staat eingreifen und seine Einwohner davor schützen, Opfer von faschistischen Verbrechen zu werden."

Allerdings gestalten sich die Ermittlungen laut Oberstaatsanwalt Wolf nicht ganz leicht. „Das Schwierige ist jetzt, herauszufinden, wer für den Text verantwortlich ist." Im Zivilrecht könne man zwar eine Unterlassungserklärung zum Beispiel an den NPD-Vorstand schicken. „Im Strafrecht müssen wir aber ein Individualverbrechen nachweisen", sagte Wolf.



Aufgrund der eingeleiteten Ermittlungen hat die NPD jetzt den inkriminierten Text an einigen Stellen „entschärft". Sie habe „nicht geahnt, daß man in diesem Land dermaßen aufpassen muß, was man schreibt", heißt es in einer Erklärung der Partei. Nicht geändert allerdings hat sie die Passage gegen den Zentralrat der Juden in Deutschland: „So wie dort die edlen Ziele Israels hochgelobt und das deutsche Volk gescholten wird, raten wir den Mitgliedern dieser Vereinigung, ihr Persilköfferchen zu packen und in ihr gelobtes Land zu ziehen."

Die Kölner NPD hat für die Kommunalwahlen am 30. August mit Benedikt Frings auch einen Teilnehmer an der berüchtigten Teheraner Konferenz von Holocaustleugnern im Dezember 2006 nominiert. Der Diplompsychologe, der ebenso zur Bundestagswahl kandidiert, will das „Deutsche Volk von der Holokaustschuldneurose befreien".

Quelle: taz 16.8.2009 ■

Materialschlacht:

Sachsen-NPD berappt 270.000 Euro/ Thüringen-NPD 160.000 Euro mit Unterstützung von Rieger

Seit Einzug in den sächsischen Landtag haben die NPD-Abgeordneten Geld an den Landesverband abgedrückt, um den Wiedereinzug zu sichern. Wie die „Junge Freiheit" (JF) berichtet, werden dort für den aktuellen Wahlkampf 270.000 Euro aufgewandt. In Thüringen sollen es dank Rieger-Darlehen 160.000 Euro sein und im Saarland immerhin noch 60.000 Euro.

Laut „Junger Freiheit" entscheiden die kommenden drei Landtagswahlen über das „politische Schicksal" der NPD. Gelingt ihr der Wiedereinzug in den Landtag nicht, prophezeit man ihr einen „Rückfall in die Bedeutungslosigkeit".

Dabei schlagen die Landesverbände durchaus unterschiedliche Wege ein. So betonen die Rechtsextremen in Sachsen, das „Thema Ausländer" eher niedrig zu hängen und ärgern sich darüber, dass die anderen Fraktionen „in völlig ritualisierter Form einen Bogen zum ‚Dritten Reich'" schlagen würden.

Dass dies nicht vollkommen unberechtigt sei, merkt die „Junge Freiheit" (JF) unter Verweis auf eine Landtagsrede Apfels an. So habe Apfel im Januar in einer Diskussion über die demographische Entwicklung selber auf das Dritte Reich zurückgegriffen und die damalige Familienpolitik als „sozial, familienfreundlich und vor allem erfolgreich" bezeichnet.

Etwas höher wird das „Thema Ausländer" hingegen in Thüringen gehängt, dort erregte die NPD mediale Aufmerksamkeit mit ihrer Kampagne gegen das dunkelhäutige CDU-Mitglied Zeca Schall. Die NPD setze in Thüringen auf einen „aggressiveren Wahlkampf als in Sachsen" heißt es hierzu in der „Jungen Freiheit".

Hier unterstütze die Bundespartei – im Gegensatz zu Sachsen – den Wahlkampf angeblich mit 80.000 Euro, das ist die Hälfte des Gesamtbudgets. Die andere Hälfte sei durch Spenden und Darlehen zusammengekommen. Hier soll sich der JF zufolge auch der NPD-Vize und Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger „erheblich beteiligt" haben.

Mit deutlich geringerem Budget muss die NPD im Saarland Wahlkampf führen. Auch hier soll wie in Sachsen das finanzielle Engagement der Bundespartei „eher dürftig" sein, wie der dortige Spitzenkandidat, Peter Marx, gegenüber der JF äußert. So hängen in Saarbrücken die Trauben auch niedriger: Während die Sachsen-NPD mit prall gefüllter Kasse 10 Prozent plus X als Ziel ausgegeben hat, begnügt man sich an der Saar mit 5 Prozent plus X.

Aber auch dieses Ergebnis dürfte ein Wunsch bleiben. Das Problem sei nämlich die Linkspartei. Die Marx zufolge den Rechtsextremen zu schaffen mache, weil sie das Gros der Protestwähler abschöpfe.

Quelle: www.endstation-rechts.de ■

DVU machte Station in Frankfurt – ohne Erfolg

Frankfurt (Oder). Am vergangenen Sonntag, den 9. August 2009 veranstaltete die DVU im Rahmen ihrer Wahlkampftour zu den Landtagswahlen eine Kundgebung auf dem Frankfurter Oberkirchplatz, direkt gegenüber dem Rathaus. Veranstalter war, wie auch bei den beiden vorausgegangenen Kundgebungen in Brandenburg an der Havel und Cottbus der Bundesvorsitzende Matthias Faust.

Dem Bundesvorsitzenden folgten zur Veranstaltung wieder die üblichen DVU-Anhänger_innen und Mitglieder. So die Bundesvize Irmgar Knop aus Sachsen-Anhalt, Marcel Guse, Stadtverordneter der Potsdamer DVU und der aus Hamburg stammende bekannte Neonazi Christian Worch, der sich mit weiteren Kameraden um den Aufbau der Bühne und Technik kümmerte. Worch gilt als enger Freund des Bundesvorsitzenden Faust, so dass eine Zusammenarbeit zwischen der DVU und dem Kameradschaftskader Worch nur wenig verwundert[1].

Die DVU, die seit ihrem Einzug in den Brandenburger Landtag 1999 lediglich mit Wahlplakaten oder Flugblättern öffentlich in Erscheinung trat, versucht nun mit einer Wahlkampftour in sieben Brandenburger Städten die Bevölkerung auf sich aufmerksam zu machen – eher mit geringem Erfolg. Wie auch bei den beiden ersten Stationen waren auch in Frankfurt (Oder) ausnahmslos nur Anhänger_innen von außerhalb angereist. Insgesamt belief sich deren Zahl auf höchstens 20 Teilnehmer_innen. Der Versuch auch Frankfurter Bürger_innen zu erreichen schlug fehl. Die wenigen Flyer die Marcel Guse an die Menschen verteilen konnte, landeten alsbald danach im Mülleimer. So blieben die Kamerad_innen unter sich.

Diese mussten sich dann auch wieder die immer gleichen Reden der Landtagsabgeordneten Markus Nonninger und Birgit Fechner anhören, die unter anderem gegen das „BRD-System“ und die polnischen Nachbarn hetzten. Brigit Fechner ging dabei besonders auf letztere ein. Sie erinnerte nicht nur an die Menschen in Ostbrandenburg, die vermeintlich durch zahllose Billigarbeiter_innen aus Polen ihre Arbeit und ihre Autos verloren haben sollen, sondern auch an die in ihren Augen „völkerrechtswidrige“ Landnahme der Polen nach 1945. Dies bekräftigte die DVU noch besonders durch einen aufgestellten Fahnenmast, an dem, neben der Brandenburg- und Parteifahne, auch eine Flagge des Königreichs Preußens hing. Dass das Thema Polen eine wichtige Rolle im DVU-Wahlkampf spielen wird, zeigt auch die Kampagne „Pawel bleib zu Hause“.[2] Diese zeigt einmal mehr die extrem ausländerfeindliche Haltung der DVU.

Die DVU, die sich mit der Bezeichnung „Neue Rechte“ als eine bürgerlich rechtskonservative Partei des Mittelstands präsentieren möchte, hat scheinbar, aller Bemühungen zum Trotz, kaum eine Chance, ein drittes Mal in den Landtag in Potsdam einzuziehen. Nach dem Bruch des „Deutschland-Pakts“ mit der NPD im Juni, der besagte, dass nur eine der beiden Parteien in einem Bundesland zur Landtagswahl antritt, verliert die Partei noch weitere Stimmen an die Konkurrenz. Die Aussichten der „Nationaldemokraten“, als dritter Landesverband in einem Landtag Platz zu nehmen, sehen kaum besser aus, obwohl die NPD in Brandenburg besser strukturiert scheint als die DVU.[3]

Die nächsten Stationen der DVU-Wahlkampftour werden Eberswalde (29. August), Luckenwalde (5. September), Wittenberge (13. September) und am 20. September Potsdam sein. Ob sie in diesen Städten Erfolg mit ihrer menschenfeindlichen Propaganda haben werden, kann stark bezweifelt werden. Dennoch sollte die Partei, auch nach ihrem wahrscheinlichem Ausscheiden aus dem Brandenburger Landtag, weiterhin beobachtet werden.

Neben der DVU darf die NPD nicht aus dem Fokus der Betrachtungen geraten. Auch sie plant zu beiden Wahlen im September in Brandenburg anzutreten. Außer einem bundesweitem „Infostand-Aktionstag“ zur Bundestagswahl am 19. September und der Aufstellung von Direktkandidaten zur Landtagswahl, sind bis jetzt weitere Aktivitäten der Partei in diese Richtung in der Region Ostbrandenburg nicht zu erkennen, obgleich sie hier ihren stärksten Kreisverband im Oderland hat. Die nächsten Wochen werden weitere Entwicklungen zeigen. Die Recherchegruppe wird weiterhin wachsam bleiben.

antifaschistische recherchegruppe ffo
http://recherchegruppe.blogsport.de ■

„Pro NRW“ – NEE!

Auf Initiative der Kulturvereinigung Leverkusen e.V. versammelten sich am Freitag, 14. August, BürgerInnen aus Leverkusen um in einer Aktion ihren Protest gegen das Auftreten und Wirken der selbst ernannten „Bürgerbewegung“ „Pro NRW“ deutlich zu machen.

An der Eisenbahnunterführung Freiherr vom Stein-Straße/Bahnhof Opladen wurde auf einer angemieteten Plakattafel unter dem Motto: Gesicht zeigen gegen Pro NRW deutlich Stellung gegen Rassismus und „Pro NRW“ bezogen. Innerhalb weniger Tage war die Idee – die von Freunden einer ähnlichen Initiative in Oberberg stammt – entstanden, öffentlich per Bild Flagge gegen Rechts zu zeigen. 45 Bürger der Stadt Leverkusen, darunter Mitglieder des Rates der Stadt Leverkusen, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, stellten trotz der kurzen Zeit ihr Bild zur Verfügung. Vorbeikommende Passanten – die mit einem Flugblatt über die Aktion aufgeklärt wurden – äußerten sich interessiert und zustimmend zu der Aktion. Mit der Plakatwand sollte deutlich gegen den Pro NRW – Rassismus protestiert werden, auch in Kenntnis der Tatsache um die dunklen braunen Flecken bei Führungskadern von Pro NRW, welche nun bei der Kommunalwahl brav und bieder daherkommen. Die Initiatoren und Teilnehmer möchten so die Bürgerinnen und Bürger der Stadt dazu aufrufen, bei der Kommunalwahl „Pro NRW“ keine Stimme zu geben und damit den Einzug dieser rassistischen Gruppierung in den Leverkusener Rat zu verhindern.



Pro NRW – NEE! Keine Rassisten ins Leverkusener Rathaus wählen!

Kulturvereinigung Leverkusen e.V., 15. August 2009 ■

12. September 2009

Bunt statt braun – Den Nazis entgegen treten!

HANNOVER. Wie in den AN Nr. 16 berichtet, hat die NPD, nachdem die geplante Demonstration in Hannover am 1. Mai 2009 verboten wurde, erneut für den 12. September eine Demonstration angemeldet. Am 19. August hat die Polizei mitgeteilt, den geplanten Aufmarsch der NPD und „Freien Kameradschaften" unter strengen Auflagen zu genehmigen. Allerdings dürfen die Nazis nicht, wie vom NPD Landesvorsitzenden Dammann angemeldet, durch die Innenstadt marschieren, sondern auf einer kurzen Route außerhalb des Innenstadtrings.

Vor Genehmigung des geplanten Aufmarschs teilte die NPD im Internet mit:

„Nach einem ersten Gespräch zwischen Veranstalter und Polizeibehörde zeichnet sich ab, dass die Demonstration am 12. September nicht verboten werden soll. Allerdings will die Polizei offenbar erheblich in die angemeldete Wegstrecke eingreifen, die planmäßig durch die Innenstadt führen soll. Angeblich sei dies nicht realisierbar, weil am 12.09. in der Innnenstadt bereits die Aufbauten für den „Regionsentdeckertag" laufen würden, der am 13.09, in Hannover stattfindet. ... Behördliche Auflagen gibt es zu diesem frühen Zeitpunkt noch keine, aber die Polizei hat gegenüber der Presse bereits verlauten lassen, dass sie Alternativroute weitab der Innenstadt verfügen will. Der Veranstalter wird eine solche Auflage rechtlich prüfen lassen und ggfls. im Eilverfahren dagegen klagen."

In der Pressemitteilung[1] der Polizeidirektion Hannover vom 19. August teilt die Polizei mit:

„... sei auch ein Verbot des NPD-Aufzuges überprüft worden. Im Unterschied zur Situation im Vorfeld des 1. Mai fehle es diesmal allerdings an den rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot. Seinerzeit seien die Anmelder aus dem Kreis der „Freien Kameradschaften" gekommen, deren Gewaltbereitschaft auch nach gerichtlicher Überprüfung als erwiesen gilt. Gleichermaßen eindeutige Erkenntnisse gebe es zum jetzigen Anmelder Adolf Dammann nicht."

In der Pressemitteilung werden die Auflagen der Polizei mitgeteilt: „ ... Sofern Trommeln verwendet werden, ist die Benutzung von einer Trommel pro 100 Teilnehmer erlaubt – sofern die Trommler nicht im Gleichschritt marschieren und die Trommeln nicht so geschlagen werden, dass ein einheitlicher Marschtakt entsteht und der Demonstration dadurch Kommandos gegeben werden.

– Die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie das Tragen von Uniformen, Uniformteilen oder gleichartigen Kleidungsstücken als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung wird untersagt. Darunter fällt auch das Tragen gleichartiger, durchweg dunkler Kleidung (schwarz, blau, militärgrün) ... in geschlossenen Blöcken, die dem Bürger als Gesamtbild eine suggestiv-militante, aggressionsstimulierende und einschüchternde Wirkung vermittelt.

– Die Versammlungsteilnehmer dürfen keine Embleme oder Tätowierungen sichtbar tragen, die in Verbindung mit dem Nationalsozialismus stehen, ... Das Tragen von Bekleidungsstücken mit Aufschriften, aus denen durch teilweises Überdecken die Buchstaben- und Zahlenfolge wie „NS", „NSD", „NSDA", „NSDAP", „SS", „SA", „A.C.A.B.", „14", „18", „88" oder die Abkürzungen bzw. erkennbare Abkürzungsteile weiterer verbotener Parteien oder Gruppierungen ergeben kann, ist verboten.



– ... In Versammlungsreden, Sprechchören sowie auf Transparenten haben Äußerungen zu unterbleiben, die das NS-Regime, seine Organisationen und deren ... Folgeorganisationen sowie verbotene Parteien und Vereine einschließlich deren Nachfolge- und Ersatzorganisationen glorifizieren, verharmlosen oder sonst wiederbeleben. ... Alle Reden haben den öffentlichen Frieden zu wahren: Die Aufstachelung zum Hass gegen Bevölkerungsgruppen oder zu Gewalt oder Willkürmaßnahmen ist untersagt. Die Menschenwürde anderer darf nicht verletzt werden, indem Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden."

In dem Aufruf des Bündnisses gegen den Naziaufmarsch, in dem Gewerkschaften, Parteigliederungen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, AWO, Bildungsvereinigungen, Jugendorganisationen von Parteien und verschiedensten Organisationen sowie Autonome Gruppierungen vertreten sind heißt es:

„Bunt statt braun – Den Nazis entgegen treten! Schon wieder wollen Nazis aus NPD und ‚freien Kameradschaften' in Hannover aufmarschieren. Und wieder werden wir das verhindern!

Wer den Nationalsozialismus verherrlicht, wer gegen Menschen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Herkunft oder ihrer Einstellung hetzt und Menschen deswegen bedroht und attackiert, hat bei uns nichts zu suchen.

... Wir rufen alle auf: Demonstrieren Sie mit uns gegen den braunen Aufmarsch am 12.09. in Hannover. Treten wir friedlich aber entschieden den Nazis entgegen!"

Dies diskutierten die Anwesenden beim letzten Bündnistreffen am 19. August. Vor allem der Vertreter des Evangelischen Stadtkirchenverbands plädierte dafür, auch in unmittelbarer Nähe der von der Polizei genehmigten Route für die Nazis zu demonstrieren. Dies wurde von allen BündnisteilnehmerInnen unterstützt. Es gab vielfältige Überlegungen, wie über die geplante Kundgebung des Bündnisses in der Innenstadt hinaus Widerstand gegen den Naziaufmarsch geleistet werden kann. So wurde über Straßenfeste, Informationen der Anwohner, sichtbaren Protest in dem genehmigten Demonstrationsgebiet für die Nazis diskutiert.

Der Koordinator des Bündnisses, Sebastian Wertmüller vom DGB, kündigte öffentlich an, einen Teil der geplanten Gegendemonstration in das genehmigte Demonstrationsgebiet für die Nazis verlegen zu wollen, „Die NPD soll unseren Protest mitbekommen". Die Polizei traf dazu die Aussage: „Rechte und Linke sollen auf keinen Fall aufeinanderstoßen

Die Mobilisierung gegen die Nazis hat vielfältige Formen. So werden der Ev. Stadtkirchenverband und die katholische Kirche über Gemeindebriefe und in Andachten auf die Demonstration hinweisen und wollen die Glocken läuten lassen, über die Stadt und Region sollen die Schülerinnen und Schüler mobilisiert werden, im Fahrgastfernsehen der Stadtbahn soll zur Demonstration aufgerufen werden, große Betriebe sollen vom DGB angeschrieben werden. Die Ratsmitglieder der Stadt haben am 20. August eine fraktionsübergreifende Resolution, die von DER LINKEN eingebracht wurde, verabschiedet. Darin rufen sie dazu auf, „sich gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und die geplante Demonstration der Rechtsextremen zu stellen." *bee* ■

1) Quelle: Pressemitteilung Polizeidirektion Hannover vom 19.8.2009

Neonazihetze gegen Roma

Österreich. Einen rassistischen Übergriff auf Roma in Osttirol nimmt die österreichische Neonazi-Site alpen-donau zum Anlass, um offen gegen „Zigeuner" zu hetzen. Am 2. August machten französische Romafamilien Halt in Ainet, wo sie die Nacht in ihren Wägen verbringen wollten. Nach Mitternacht zog ein mit Stangen bewaffneter und teilweise alkoholisierter Mob zum Rastplatz, wo „Zigeuner raus!"-Rufe erschallten und auf die Wohnwagen getrommelt wurde. Die völlig verängstigten Roma fuhren daraufhin noch in der Nacht weiter. Für die Neonazis ist der Überfall eine „spontane[n] Unmutsäußerung von Bürgern", offen rufen sie nach Zuständen wie in Ungarn, wo sich Roma zunehmend vogelfrei fühlen: „Mehr Mut zur Selbsthilfe würde auch anderen Gemeinden gut tun. Wie man sieht, verschwindet Gesindel, wenn man ihm sagt, dass man es nicht will."

Neues von ganz rechts - August 2009, www.doew.at ■

Durchsuchungen bei „Frontbann 24" wegen Uniformierung

Laut Pressemitteilung der Berliner Polizei und der Staatsanwaltschaft (http://www.berlin.de/polizei/presse-fahndung/archiv/134977/index.html) sind am Donnerstag, den 13.August elf Örtlichkeiten von zwölf Führungsmitgliedern und Angehörigen des neonazistischen „Frontbann 24" durchsucht worden. Den Beschuldigten wird „das öffentliche Tragen von Uniformen und Zeichen des „Frontbann 24" als Ausdruck einer gemeinsamen, den Nationalsozialismus glorifizierenden politischen Gesinnung" vorgeworfen. In allen Wohnungen seien entsprechende Textilien gefunden worden.

Des weiteren hätten Propagandamaterial, ein Butterfly-Messer, ein Schlagring und Anstecker mit Hakenkreuzen beschlagnahmt werden können. Daraufhin seien Verfahren wegen Verstößen gegen das Waffen- und das Betäubungsmittelgesetz sowie wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen eingeleitet worden.

apabiz e.V.
www.apabiz.de ■

Österreichische Kriegsverbrecher

Wien. Auf Veröffentlichungen der deutschen VVN-BdA und des Arbeitskreises Angreifbare Traditionspflege gestützt, hat der österreichische soizaldemokratische Parlamentsabgeordnete Johann Maier eine Initiative zur Strafverfolgung österreichischer Staatsbürger gestartet, die im zweiten Weltkrieg an deutschen Kriegsverbrechen auf dem Bakan teilgenommen haben. Die Austria Presse Agentur vom 16. 8. 09 berichtet:

„Der Nationalratsabgeordnete Johann Maier (SPÖ) hat die Forderung erhoben, gegen die Gebirgsjäger, die im Zweiten Weltkrieg Kriegsverbrechen verübt haben, in Österreich gerichtlich vorzugehen. „Nachdem die Namen der an Kriegsverbrechen beteiligten Gebirgsjäger bekannt sind, liegt es an der österreichischen Justiz, gegen die noch lebenden Gebirgsjäger in Österreich vorzugehen", betonte der Politiker am Sonntag in einer Parteiaussendung. Während der Okkupation Griechenlands durch die deutsche Wehrmacht von April 1941 bis September 1944 wurden mehr als 300.000 Griechen getötet, viele von ihnen bei sogenannten Vergeltungsaktionen der Besatzungstruppen gegen Partisanen. ‚Gebirgsjäger der 1. Gebirgsdivision waren ab 1943 im ehemaligen Jugoslawien (Montenegro, Serbien), in Albanien und in Griechenland an zahlreichen Massakern an Zivilisten, an Geiselerschießungen und der Ermordung von Kriegsgefangenen beteiligt', so Maier. ‚In Deutschland wurde letzte Woche ein ehemaliger Leutnant der Gebirgspioniere von einem Schwurgericht wegen mehrfachen Mordes an Italienern im Jahr 1944 zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt. Mord verjährt nie, auch nicht in Österreich', unterstrich der sozialdemokratische Parlamentarier." *U.S.* ■

Schluss mit der Schonung von NS-Kriegsverbrechern!

Berlin. „Jetzt müssen endlich die Prozesse gegen all die anderen Kriegsverbrecher eröffnet werden, die bisher verzögert wurden", fordert Ulla Jelpke, nachdem das Landgericht München den früheren Wehrmachtsoffizier Josef Scheungraber wegen der Ermordung von 14 italienischen Zivilisten im Sommer 1944 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt hat. „Die überlebenden Opfer der Wehrmachtsverbrecher leiden bis heute – die Täter haben keinen Anspruch darauf, in Ruhe gelassen zu werden", so die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Es sei beschämend, dass die deutsche Justiz die Naziverbrecher über Jahrzehnte geschont habe. Jelpke weiter: „Das Münchner Urteil ist eine Ohrfeige für alle, die eine ‚Schwamm-Drüber-Haltung' an den Tag legen. Es zeigt, dass es auch heute noch möglich ist, die Verbrechen der Wehrmacht juristisch aufzuarbeiten.

Mehr als zwei Dutzend frühere Wehrmachtsangehörige, die von italienischen Gerichten bereits wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden sind, leben bis heute unbehelligt in Deutschland. Es wird höchste Zeit, dass die Staatsanwaltschaften ihre Passivität aufgeben und die Anklageschriften fertigstellen.

Gefordert ist auch die Bundeswehr: Sie muss ihre Partnerschaften mit rechtsgestrickten Traditionsvereinen endlich beenden. Zu diesen gehört unter anderem der Kameradenkreis der Gebirgstruppe, der Jahr für Jahr das Wehrmachtsgedenken in Mittenwald/Bayern durchführt und dessen Mitglied Scheungraber ist. Die Gebirgstruppe zog quer durch Europa eine blutige Spur."

Zu weiteren Informationen empfehle ich die Seite http://www.keine-ruhe.org/
Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

Merkel buhlt um den rechten Rand

Berlin. Als „Botschafter der Versöhnung" bezeichnete Bundeskanzlerin Angela Merkel die Revanchistenvereinigung „Bund der Vertriebenen" (BdV) auf deren „Tag der Heimat" am Sonnabend, 22.8. in Berlin. Ausdrücklich verteidigte die Kanzlerin das geplante "Zentrum gegen Vertreibungen", welches von einer gleichnamigen Stiftung in Berlin errichtet werden soll. Dieses sei „Teil unserer nationalen Identität und gemeinsamer Erinnerungskultur". Das müsse man den Nachbarstaaten vermitteln.

Besonders in Polen hatte es heftige Proteste gegen das Zentrum gegeben, da befürchtet wird, dass dort die Verbrechen der faschistischen Besatzer relativiert werden sollen.

Merkel stellte sich auch ausdrücklich hinter die BdV-Präsidentin und CDU-Politikerin Erika Steinbach, die nach einem Veto der SPD nicht in den Stiftungsrat für das Zentrum berufen wurde. Es habe eine „lange, teils unselige Kontroverse gegeben". Doch nun seien alle Voraussetzungen geschaffen, und dieser Erfolg gebühre vor allem Steinbach, erklärte die Kanzlerin. Im Rahmen der Veranstaltung wurde der frühere Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) mit der Ehrenplakette des Verbandes ausgezeichnet.

Schily sei während und nach seiner Amtszeit „für die Heimatvertriebenen und die Aussiedler ein unvergesslicher Partner" gewesen, sagte Steinbach in ihrer Laudatio. Mit seiner Rede zum 50. Geburtstag der Bundesrepublik habe der damalige Minister „die intellektuelle Mauer zwischen der politischen Linken und den Deutschen Heimatvertriebenen durchbrochen", so Steinbach.

Während Merkel die Umsiedlung von bis zu 14 Millionen Deutschen aus den vormals besetzten Gebieten als „unmittelbare Folge des deutschen Krieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft" bezeichnete, vermied Steinbach derartige Festlegungen. Sie bezeichnete in ihrer Rede statt dessen den slawischen Nationalismus als historische Wurzel der „Vertreibung". *jW, 24.8.09* ■

Menschenrechtspreis 2009 an geduldete Flüchtlinge

FRANKFURT. Die Stiftung PRO ASYL verleiht ihren Menschenrechtspreis, die PRO ASYL-Hand, in diesem Jahr an Nissrin Ali und Felleke Bahiru Kum für ihren Einsatz gegen die Lagerunterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.

In Deutschland leben zahlreiche Asylbewerber in Flüchtlingslagern ohne Chance auf ein selbstbestimmtes Leben und in ständiger Angst vor Abschiebung. Nissrin Ali, eine staatenlose Kurdin aus Syrien, die mit 13 Jahren nach Deutschland kam, lebt seitdem mit ihrer Familie im Lager. Sie hat hier ihren Hauptschulabschluss gemacht, darf aber nicht arbeiten. „Man lebt nicht, man stirbt langsam", sagt Nissrin Ali über ihre Erfahrungen in der Sammelunterkunft. Statt sich in die vorgegebene Passivität einzufügen, engagiert sie sich politisch gegen Lagerunterbringung und für eine gerechte Bleiberechtsregelung.

Der Äthiopier Felleke Bahiru Kum hat sich während seines inzwischen über 9 Jahre dauernden Aufenthalts in Flüchtlingslagern unermüdlich für die Rechte der Bewohner eingesetzt und jede Gelegenheit genutzt, die Öffentlichkeit auf die Missstände aufmerksam zu machen. Die beiden haben der bayerischen Sozialministerin persönlich eine Petition mit über 3.000 Unterschriften gegen die Lagerpflicht überreicht und sind im bayerischen Landtag als Experten zum Asylbewerberleistungsgesetz angehört worden.

Mit der Auszeichnung Frau Alis und Herrn Kums würdigt die Stiftung PRO ASYL deren beispielhaften Einsatz für die Menschenrechte Asylsuchender und gegen Diskriminierungen in Deutschland. Durch ihr Engagement haben sie eindrucksvoll gezeigt, dass Betroffene trotz aller Widerstände erfolgreich für ihre eigenen Rechte eintreten können. Felleke Bahiru Kum meint dazu schlicht, „nichts zu tun, wäre ein verlorenes Leben".

PRO ASYL kritisiert seit langem das soziale Elend und die unmenschliche Ausgrenzung, denen Schutzsuchende durch den Lagerzwang in Deutschland ausgesetzt sind. Es ist höchste Zeit, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen, so dass Asylsuchende in Deutschland ein menschenwürdiges Leben führen können. „Das Vegetieren in derartigen Behausungen ist nicht hinnehmbar," so Günter Burkhardt, Vorstand der Stiftung PRO ASYL.

Der Menschenrechtspreis der Stiftung PRO ASYL wird seit 2006 jährlich verliehen. Ausgezeichnet werden Personen und Organisationen, die sich in herausragender Weise für die Achtung der Menschen-



Die Preisträger im bayerischen Landtag

rechte und den Schutz von Flüchtlingen einsetzen. Die Plastik der PRO-ASYL-Hand hat der in Buenos Aires geborene Künstler Ariel Auslender, der als Professor an der TU Darmstadt lehrt, geschaffen. Die Preisverleihung findet am 5. September 2009 um 14.00 Uhr in Frankfurt statt. Die Laudatio hält Frau Prof. Dr. Däubler-Gmelin, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

Quelle: Presseerklärung Stiftung Pro Asyl 17.08.2009 ■

Afghanische Staatsangehörige erhalten Aufenthaltsrecht

BREMEN. Eine Ausreise nach Afghanistan ist nach Auffassung des Senators für Inneres und Sport, Ulrich Mäurer „zur Zeit nicht zumutbar und wird auch auf absehbare Zeit nicht möglich sein". Deshalb erhalten die seit mehr als 18 Monaten geduldeten afghanischen Staatsangehörigen, die im Land Bremen leben, eine Aufenthaltserlaubnis. Die aufenthaltsrechtliche Situation dieser etwa 20 afghanischen Staatsangehörigen wird damit verbessert und sie haben durch diesen Aufenthaltsstatus auch einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt. Ausgenommen von der Regelung sind Straftäter. Anträge können bei den Ausländerbehörden in Bremen und Bremerhaven gestellt werden. Vor dem Hintergrund der Verschärfung der innenpolitischen Verhältnisse im Iran weist der Senator außerdem darauf hin, dass zur Zeit keine iranischen Staatsbürger in Bremen von einer Abschiebung bedroht seien. Die Entscheidung über einen Abschiebestopp sollte, so Senator Mäurer, möglichst bundeseinheitlich getroffen werden. Insofern sei zunächst eine Abstimmung auf Bund-Länder-Ebene erforderlich. Bis dahin sind die Ausländerbehörden in Bremen und Bremerhaven gehalten, falls künftig Rückführungsmaßnahmen anstehen sollten, zuvor die Entscheidung des Senators für Inneres und Sport einzuholen.

Quelle: Ökumenische Ausländerarbeit Bremen e.V. 12.08.09 ■

Studie zu Asylkompromiss 1993

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat eine Studie von Ruth Weinzierl „Der Asylkompromiss 1993 auf dem Prüfstand" veröffentlicht. Das Gutachten setzt sich mit der Vereinbarkeit der deutschen Regelungen über sichere EU-Staaten und sichere Drittstaaten, mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, dem EU-Recht und dem deutschen Grundgesetz auseinander. In der Zusammenfassung heißt es: „Der Asylkompromiss ist im Hinblick auf die Drittstaatenregelung aus menschenrechtlicher Sicht – auch soweit sie auf EU-Staaten im Rahmen des EU-Zuständigkeitssystems angewendet wird – nicht haltbar. Die deutsche Rechtslage steht im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) im Licht jüngerer Rechtsprechung des EGMR, zum Europarecht und zum deutschen Grundgesetz (GG). Die unerwarteten Entwicklungen in Griechenland, dessen Asylsystem anerkanntermaßen gravierende Defizite aufweist, machen die Problematik des deutschen Drittstaatenkonzepts in der Praxis evident. Dass menschen- und verfassungsrechtlich notwendiger Rechtschutz von den deutschen Verwaltungsgerichten nur entgegen dem Wortlaut des Gesetzes gewährt werden kann, verstößt gegen tragende menschenrechtliche und rechtsstaatliche Prinzipien und das Europarecht."

Quelle: Pro Asyl Newsletter August 2009 ■

Bischof Trelle: „Das Bleiberecht sollte verlängert werden"

HILDESHEIM. Seit 2007 haben gut 50.000 Flüchtlinge, die mindestens sechs Jahre in Deutschland leben, ein Aufenthaltsrecht „auf Probe." Doch bis zum 31. Dezember dieses Jahres müssen sie nachweisen, dass sie sich und ihre Familie mit einem Job selbst ernähren können.

Vor Ablauf dieser Frist fordert Hildesheims Bischof Norbert Trelle jetzt eine Verlängerung des Bleiberechts. „Die Zeit, die wir den Menschen gesetzt haben, war entschieden zu kurz, wir plädieren nachhaltig für eine Verlängerung des Bleiberechts", sagte der katholische Geistliche, der auch Mitglied der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz ist.

Die Bleiberechtsregelungen waren 2006 und 2007 vom Bund und den Landesinnenministern beschlossen worden, um das Problem der „Kettenduldungen" endlich zu lösen: Bis 2007 lebten etwa 110.000 Menschen jahrelang in Deutschland ohne einen rechtlich gesicherten Status. Knapp die Hälfte dieser Menschen hat inzwischen eine „befristete Aufenthaltserlaubnis", aber nur bis zum 31. Dezember 2009. „Die letzten Bleiberechtsre-

gelungen waren schon der richtige Ansatz", sagt Trelle im Gespräch. „Aber sie reichen nicht weit genug."

Deshalb sollte der Staat den Menschen, die schon lange hier leben, eine neue großzügige Frist setzen, zumal viele Flüchtlinge schon wegen der Wirtschaftskrise Probleme mit ihren Jobs bekommen könnten.

Trelle wollte sich nicht festlegen, wie weit das Bleiberecht ausgedehnt werden sollte. „Aber ein paar Monate reichen da nicht." Alte, kranke und pflegebedürftige Flüchtlinge sollten von den Beschränkungen befreit werden: „Schon aus humanitären Gründen sollte unser Staat da großzügiger sein." Der Bischof warb generell für eine größere Bereitschaft zur Integration von Menschen aus anderen Nationen. „Eine gute Integrationspolitik ist nicht nur aus humanen Gründen geboten, sondern in Zeiten des Bevölkerungsschwunds auch Standortpolitik. Schon heute fehlen uns Ingenieure, Ärzte, ja auch Priester." Jedes Bundesland sollte einen Integrationsminister benennen. Trelle nannte Nordrhein-Westfalen als gutes Beispiel, wo Integrationsminister Armin Laschet (CDU) jetzt auch für ein verlängertes Bleiberecht plädiert. Begrüßenswert sei, dass sich in Niedersachsen jetzt auch Innenminister Uwe Schünemann (CDU) offener für die Anliegen der Härtefallkommission zeige, die abgelehnten Asylbewerbern in begründeten Einzelfällen ein Bleiberecht in Deutschland eröffnet.

Bei seinem Plädoyer für eine neue Bleiberechtsregelung dürfte Trelle indes auf Ablehnung bei dem niedersächsischen Innenminister Schünemann stoßen. Der CDU-Politiker hat vor wenigen Wochen schon einen entsprechenden Vorstoß des niedersächsischen FDP-Landtagsfraktionsvorsitzenden Jörg Bode abgelehnt, der sich für Lockerungen beim Bleiberecht stark machen will.

Quelle: „Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 14.08.2008 - flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org ■

Demokratie braucht jede Stimme – Kommunales Wahlrecht für Alle!

FRANKFURT. In Hessen und Rheinland-Pfalz haben sich Ausländerbeiräte, Wohlfahrtsverbände und Menschenrechtsorganisationen zusammengefunden und die Kampagne „Demokratie braucht JEDE Stimme Kommunales Wahlrecht für Alle" gestartet. Ziel der Kampagne ist eine Änderung von Artikel 28 GG. Damit soll die Voraussetzung geschaffen werden, damit alle rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen auf kommunaler Ebene das aktive und passive Wahlrecht wahrnehmen können.

Das kommunale Wahlrecht für Alle ist ein wichtiger Schritt zur besseren Einbindung und Integration der eingewanderten Menschen und stärkt die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen vor Ort. Wir möchten mit einem Hearing im Bundestagswahlkampf allen Interessierten eine Gelegenheit geben, die Positionen der politischen Parteien zum kommunalen Wahlrecht kennen zu lernen und mit Ihnen und weiteren Expertinnen und Experten zu diskutieren.

Unter dem Motto „Demokratie braucht JEDE Stimme! – Kommunales Wahlrecht für Alle" findet am Dienstag, den 1. September 2009 von 13 bis 17 Uhr im Großen Saal, Haus am Dom, Domplatz 3 eine Diskussionsveranstaltung mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundestagsparteien statt. *Frankfurter Info 17-09* ■

Positionspapier des Saarländischen Flüchtlingsrates zur Landtagswahl

SAARLAND. „Flüchtlinge haben keine Wahl". Unter diesem programmatischen Titel hat der Saarländische Flüchtlingsrat jetzt ein Positionspapier zur Landtagswahl veröffentlicht. „Das Leben dort auf engstem Raum, der Ausschluss vom Arbeitsmarkt, die Versorgung durch Lebensmittelpakete, die Angst abgeschoben zu werden usw., das alles beeinträchtigt ganz erheblich ihre Gesundheit." So beschreibt Peter Nobert vom Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrates (SFR) die Situation im saarländischen Flüchtlingslager Lebach. Neben einer Beschreibung der Lebenssituation im Flüchtlingslager Lebach nennt der SFR auch Alternativen für eine humanere Flüchtlingspolitik. „Der gesellschaftliche und staatliche Umgang mit Flüchtlingen ist für uns ein Gradmesser für die Einhaltung der Menschenrechte", so Nobert.



In Lebach leben mehrere hundert Flüchtlinge auf engstem Raum. Ein Zimmer müssen sich 2-4 Flüchtlinge teilen, die sich oftmals völlig fremd sind. Kontrollbesuche der Verwaltung sind jederzeit tagsüber möglich. Die gesundheitliche Versorgung ist eingeschränkt, chronische Krankheiten werden oft nicht behandelt. Duschen ist nur zu vorgegebenen Zeiten und Waschen nur nach Voranmeldung und außerhalb der Wohnung möglich, die Versorgung geschieht aus Lebensmittelpaketen. „Wo das Leben staatlicherseits so organisiert ist und wo es keinerlei Privatsphäre gibt, sind Konflikte vorprogrammiert. Das Lager Lebach ist der Ausdruck einer nicht gewollten Integration. Deshalb wäre die beste Gesundheitsversorgung, das Lager Lebach zu schließen.", meint Peter Nobert.

In dem Positionspapier spricht der SFR bewusst keine Wahlempfehlung aus, weil er parteipolitisch unabhängig ist und sein Wirken ausschließlich an der Verbesserung der Situation der Flüchtlinge orientiert. Als problematisch betrachtet der SFR, dass die Müller-Regierung „Flüchtlingspolitik vor allem als Sicherheitspolitik" sieht und „in ihren Ressentiments gefangen" bleibt. Positiv bewertet der SFR das Einlenken von SPD, Grünen und von „Die Linke". „Diese haben eine deutliche Reduzierung der Aufenthaltsdauer auf rund drei Monate und die Abschaffung der Lebensmittelpakete zugesagt", so Nobert. Der SFR hätte auch gerne mit Peter Müller gesprochen. „Leider hat die CDU ein von uns vorgeschlagenes Gespräch zweier Rechtsanwälte des SFR mit Peter Müller bisher verweigert, obwohl es unsererseits seit April mehrere schriftliche und telefonische Anfragen gab", so Nobert. Doch die vielfachen Proteste gegen die inhumane Flüchtlingspolitik im Saarland waren zum Teil auch erfolgreich: Immerhin wurde eine Härtefallkommission eingerichtet, für Flüchtlingskinder die Schulpflicht eingeführt und die rabiaten Abschiebungen wie die der Familien Celik-Özel aus Gerlfangen und der Familie Özdemir aus Wadern haben aufgehört.

Das Positionspapier „Flüchtlinge haben keine Wahl – Flüchtlingslager Lebach schließen, Sachleistungen abschaffen" gibt es hier: http://www.asyl-saar.de/ Die Plakate und Postkarte der aktuellen SFR-Kampagne:„Auflösung des Lagers" gibt es hier:

http://www.asyl-saar.de/bilder/plakat_postkarte/postkarte01.pdf

Pressemitteilung - 14.8.2009

Protest gegen die geplante Abschiebung von Felix Otto am 25.8.2009

Der kamerunische VOICE-Aktivist Felix Otto, der im März 2009 in Suhl-Goldlauter zunächst wegen Residenzpflicht, dann

als Abschiebegefangener inhaftiert wurde, soll am Dienstag, den 25. August 2009 mit einem Charterflug von Frankfurt aus nach Kamerun abgeschoben werden. Der Flug ist für 10.40 Uhr angesetzt, die Flugnummer, die Ankunftszeit und der genaue Ankunftsort wurden nicht mitgeteilt.

The VOICE Refugee Forum und die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen protestieren gegen die Abschiebung unseres Aktivisten.

Es ist offensichtlich, dass die Charter-Abschiebung dazu dienen soll, unseren Freund Felix Otto völlig von der Außenwelt zu isolieren und von jeglichem Kontakt abzuschirmen. Felix Otto soll abgeschirmt werden, weil sein Fall zu viel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregt hat und weil zu viele Menschen sich für ihn interessieren und einsetzen. Es soll verhindert werden, dass Felix Otto gegen seine Abschiebung Widerstand leisten kann, dass Unterstützerinnen von außen Protest organisieren, dass irgendeine Öffentlichkeit – und seien es andere Passagiere – beobachten kann, was mit Felix Otto gemacht wird. Der Willkür sind somit Tür und Tor geöffnet.

Seit Monaten steht der Fall von Felix Otto im Licht der Öffentlichkeit, denn er zeigt aufs Deutlichste, dass das Apartheidsgesetz der Residenzpflicht nicht nur ein rassistisches Instrument der Ausgrenzung und Schikane gegenüber Flüchtlingen ist, sondern ein höchst wirksames Mittel der Kontrolle, Kriminalisierung und Abschiebung. Im Lauf der Kampagne für Felix Otto haben hunderte von Menschen für seinen Fall Interesse gezeigt, kamen deutschlandweit zu öffentlichen Kungebungen und sendeten Protestbriefe und -faxe an die zuständige Ausländerbehörde, an die Gerichte und an das Innenministerium.

Dennoch hat sich das Innenministerium trotz mehrfacher Nachfragen von Seiten der Karawane nicht zu dem Fall geäußert. Der Innenminister selbst ist in dieser Sache nicht zu sprechen, allenfalls nachrangige Stellen sind erreichbar, die sich als nicht auskunftsbefugt darstellen. Diese Nicht-Reaktion ist eine Ohrfeige für all diejenigen, die sich für Felix Otto eingesetzt haben und damit ihr demokratisches Bewusstsein bewiesen haben.

Um die Sache Felix Otto zu beenden, will man sich seiner nun durch eine Sonderbehandlung „Charter-Abschiebung" entledigen.

Dagegen protestieren wir und fordern:

Felix Otto muss bleiben!

Keine Abschiebung

Freiheit für Felix Otto!

Abschaffung der Residenzpflicht!

Unser Protest wird so lange anhalten, wie es dauern wird, auf die Heuchelei des deutschen Abschieberegimes und der Thüringer Behörden hinsichtlich des Missbrauchs der Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen und der Propaganda der sogenannten Integration aufmerksam zu machen.

Konkret heißt das im Moment: Über die Sicherheit und Freiheit von Felix Otto zu wachen und die Menschen über seine verzweifelte Situation zu informieren.

Über die große Unterstützung und Solidarität, durch die die schlechte Behandlung von Felix Otto, seit er im Gefängnis ist, öffentlich gemacht werden konnte, sind wir sehr glücklich. Der Kampf geht weiter!

Osaren Igbinoba, The VOICE Refugee Forum Jena ■

Kosovo-Roma müssen gehen

Baden-Württemberg will das Bleiberecht für Roma aus dem Kosovo nicht neu regeln. Dafür gebe es keinen Bedarf, erklärte Innenminister Heribert Rech (CDU) in seiner Antwort auf eine Landtagsanfrage der SPD. Deren Abgeordneter Nikolaus Sakellariou hatte es als „ein zwingendes Gebot der Humanität" bezeichnet, den aus dem Kosovo nach Deutschland geflüchteten Angehörigen der Roma einen sicheren Aufenthalt zu gewähren. Er forderte ein Bleiberecht für diese Gruppe.

Nach Angaben des Innenministers hielten sich Ende Juni dieses Jahres noch rund 1200 geduldete Roma in Baden-Württemberg auf, 3000 weniger als zum Jahresende 2004. Diesen erheblichen Rückgang führt Rech auf gewährte Aufenthaltserlaubnisse für die Geduldeten zurück.

Derzeit verhandeln Regierungsvertreter aus Deutschland und dem Kosovo über ein Rücknahmeabkommen. Nach SPD-Angaben haben einige Bundesländer bisher geduldete Roma mit dem Hinweis auf die drohende Abschiebung zur freiwilligen Ausreise aufgefordert. Nach Auskunft des CDU-Ministers sei in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Rückführung" vereinbart worden, mit den Rückführungen „möglichst schonend zu beginnen" und beispielsweise Alte, Kranke, Pflegebedürftige oder alleinerziehende Mütter zunächst davon auszunehmen.

Rech erklärte aber auch: „Die Landesregierung sieht vor dem Hintergrund des Berichts des Menschenrechtskommissars des Europarats keine Veranlassung, auf die Rückführung von Angehörigen der Roma in den Kosovo zu verzichten." Für das Land habe aber die freiwillige Ausreise Vorrang vor der zwangsweisen Rückführung. Die Mehrzahl der ausreisepflichtigen Personen seien im Status der Duldung verblieben, weil sie die Ausreisehindernisse selbst zu vertreten haben, etwa durch Verschleierung der Identität, Täuschung über ihre Staatsangehörigkeit oder selbst verschuldete Passlosigkeit.

Von 2007 bis Juni dieses Jahres wurden nach Angaben von Rech 16 Roma aus Baden-Württemberg in den Kosovo abgeschoben. Nur vereinzelt sei es zu freiwilligen Ausreisen gekommen. Über das Kosovo-Rückführungsprojekt würden 65 Roma aus dem Südwesten Hilfen gewährt, wie Beratung, Betreuung, Arbeitsvermittlung oder Zuschüsse für Miete, Lebensmittel, Medikamente und Einrichtung.

Quelle: romale@zahav.net.il - flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org ■

NRW LINKE fordert Abschiebestopp für Roma-Flüchtlinge

DÜSSELDORF. Einen sofortigen Abschiebestopp für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien fordert der Abgeordnete Rüdiger Sagel (LINKE) durch seinen Antrag im Landtag NRW. „Viele Erwachsene aber zum allergrößten Teil Kinder und Jugendliche sind von den Abschiebungen betroffen, die meist auf den Müllhalden des ehemaligen Jugoslawiens in Serbien enden."

„Die nun beabsichtigten Abschiebungen sind unverantwortlich. Eine Abschiebung der Roma-Flüchtlinge aus Deutschland ist aus humanitären Gründen nicht hinnehmbar. Die meisten leben seit Jahrzehnten in Deutschland, Kinder und Jugendliche sind hier aufgewachsen oder gar geboren, sie haben hier die Schule besucht und sind hier groß geworden.

Die Roma können in den meisten Fällen nicht mehr in ihre ursprünglichen Siedlungen und Häuser zurückkehren, da sie entweder zerstört oder bereits durch andere Personen in Besitz genommen wurden. Sie sitzen buchstäblich auf der Straße und viele landen auf Müllhalden im ehemaligen Jugoslawien im jetzigen Serbien. Es kommt immer wieder zu rassistischen Übergriffen. Die Arbeitslosigkeit unter den Roma liegt deutlich über 90 %. Angesichts dieser Situation ist es den RückkehrerInnen kaum möglich, ihre Existenz zu sichern.

Bis eine künftige Bleiberechtsregelung für diesen Personenkreis durch die Innenministerkonferenz gefunden ist, sollen wenigstens die Duldungen der Betroffenen bis auf weiteres verlängert werden. Dauerhaft muss aber aus humanitären Gründen ein dauerhaftes Bleiberecht beschlossen werden."

Quelle: Roma Virtual Network 13.08.09 ■

Protestaktion von Gefangenen in der GfA Ingelheim

INGELHEIM. Am 13. Juli wurde ein Aufstand in der Abschiebehaftanstalt Ingelheim durch den Einsatz eines Sonderkommandos der Polizei niedergeschlagen. Nichtregierungsorganisationen kritisieren den Einsatz des SEK, der Verletzte zurückließ, als unnötig und unverhältnismäßig. Von einer deeskalativen Verhandlungsstrategie könne nicht die Rede sein. Der Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz hat sich mit einem offenem Brief am 16. Juli

2009 an den rheinland-pfälzischen Innenminister Bruch gewandt, Details geschildert und eine eingehende Untersuchung der Vorkommnisse verlangt.

Hier der Offene Brief des Ak Asyl Rheinland-Pfalz:

„Sehr geehrter Herr Staatsminister Bruch,

Am vergangenen Montagvormittag wehrte sich ein 25-jähriger Marokkaner, der seit einiger Zeit in Spanien wohnte und arbeitete, gegen seine unmittelbar bevorstehende Abschiebung nach Marokko.

Da für die zuständige Ausländerbehörde in Rheinland-Pfalz sein Aufenthaltsstatus in Spanien ungeklärt war – trotz mehrerer Eingaben seines deutschen Rechtsanwaltes an die Behörde – erging eine Ausweisungsverfügung und es wurde die Abschiebung nach Marokko terminiert.

Bei der Protestaktion im Gefängnis solidarisierten sich einige Gefangene mit dem Marokkaner und verbarrikadierten sich hinter der Tür zu ihrem Flur. Die Wortführer der Gefangenengruppe waren in einem ersten Gespräch mit Herrn Stefan Mollner, Leiter der GfA, nicht bereit, ihre Aktion abzubrechen. Ihre Forderungen: ein Gespräch mit der Presse und Informationen an die Öffentlichkeit.

Mit Verwunderung nimmt der Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz aus der Presse zur Kenntnis, dass Polizeikräfte die ganze Zeit über mit den Insassen Kontakt gehalten hätten. Nach unseren Informationen waren es die speziell geschulten Verhandlungsführer, die erst Stunden später eintrafen und welche gegen 16 Uhr mit den Wortführern Kontakt aufnahmen.

Einige der Gefangenen im Flur äußerten danach den Wunsch, den Flur verlassen zu dürfen; andere hatten sich in ihre Zellen zurückgezogen und wollten mit der ganzen Sache nichts zu tun haben. Als dann fünf Gefangenen das Verlassen des Flurs von den Wortführern erlaubt wurde und sie mit der Entfernung der Barrikaden angefangen hatten, stürmten Polizeibeamte in voller Kampfausrüstung (inkl. Maschinenpistolen) den Flur.

Die 22 Menschen im Flur waren nicht bewaffnet und hatten Gewalt weder angewandt noch angedroht. Wir halten die Vorgehensweise des Spezialeinsatzkommandos für völlig überzogen und unverhältnismäßig. Die Polizeiführung hat unseres Wissens zu keiner Zeit die in der GfA anwesenden Vertrauenspersonen (vom Sozialdienst und von der Seelsorge) zu den Gefangenen gelassen. Von einem deeskalierenden Einsatzkonzept der Polizei kann hier keine Rede sein.

Wir verlangen eine eingehende Untersuchung der Vorkommnisse in der GfA vom 13.07.2009 und erwarten eine Stellungnahme des Ministeriums des Innern und für Sport zu dem brutalen und für unsere Begriffe absolut unangemessenen Einsatz der Polizei.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag der Koordinierungsgruppe des AK Asyl RLP“

Quelle: Pro Asyl Newsletter August 2009 [voice_mail@emdash.org] ■

Freispruch für Michael Stade

Gotha. Am 5. August fand vor dem Amtsgericht Gotha der Prozess gegen Michael Stade statt, in dem dieser der Beleidigung angeklagt war. Es ging um die Benutzung des Wortes „Deportation“ im Zusammenhang mit einer Abschiebung sowie das Ziehen von Parallelen zur NS-Zeit, wodurch sich die Leiterin der Ausländerbehörde Gotha in ihrer Ehre herabgesetzt fühlte.

Bereits eine Stunde vor Prozessbeginn waren einige Unterstützer eingetroffen und es wurden immer mehr. Flüchtlinge hatten trotz ihrer prekären Situation keine Kosten gescheut und waren unter anderem aus Jena und Apolda angereist.

Nachdem der Prozess eröffnet worden war, hatte der Angeklagte die Möglichkeit, sich zu der Sache zu äußern. Stade nutzte diese, um eine ca.40-minütige Erklärung vorzulesen. Darin begründete er die Wortwahl und das Ziehen von Vergleichen zur NS-Zeit als notwendige Mittel, damit Dinge beim Namen genannt werden könnten und Kritik dadurch entsprechende Wertungen zum Ausdruck bringen kann. Er wies darauf hin, dass diese Wertungen eindeutig nur staatliche Handlungen betreffen, nicht etwa die handelnden Personen. Er habe nie niedere Beweggründe unterstellt, vielmehr gehe er davon aus, dass die Leiterin der Ausländerbehörde aus ehrenwerten Motiven handle, was aber eben nicht ausschließt, dass die Handlungen selbst zu verurteilen sind.

Anschließend hatte der Staatsanwalt das Wort und er brachte zum Ausdruck, dass die Frage, ob ein bestimmter Wortgebrauch den Tatbestand einer Beleidigung erfüllt, immer im Einzelfall entschieden werden müsse. Er habe aber bereits aus dem Einspruch, welcher dem Strafbefehl entgegnet worden war, entnommen, dass in diesem Falle keine Beleidigungsabsicht vorgelegen habe. Er empfahl dem Richter einen Freispruch, den dieser dann auch aussprach.

Sichtlich erleichtert bedankte sich Stade dann noch einmal bei seinen Unterstützerinnen und Unterstützern und es wurden noch ein paar Fotos gemacht.

http://thevoiceforum.org/node/932 ■

FIR für eine neue internationale Friedenspolitik

Aus Anlass des 70. Jahrestages der Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen am 1. September 1939, der den Beginn des Zweiten Weltkriegs markiert, ergreift die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachvereinigung von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen aus über zwanzig Ländern Europas und Israels die Initiative für eine neue internationale Friedenspolitik.

Wir erinnern daran, dass es vor gut 35 Jahren durch das politische Handeln der Völker und Staaten im KSZE - Prozess gelungen ist, in Europa die Kriegsgefahr zu beseitigen.

Ein solcher gesellschaftlicher Prozess ist auch heute nötig. Wir erleben, dass Konflikte in der Welt in erster Linie militärisch gelöst werden. Die Kriege im Irak und Afghanistan, die militärische Eskalation in Nahost und zunehmende nicht-staatliche Gewaltformen (Terrorismus und Piratentum) prägen die Realität. Gleichzeitig beansprucht das Militärbündnis NATO für sich einen weltweiten Einsatzraum – vorgeblich zur „Verteidigung westlicher Werte“, wobei Verletzungen von Menschenrechten, selbst Massenmorde vor dem Hintergrund von Rohstoffinteressen bewertet werden.

Es geht nicht mehr um „eine neue Welt des Friedens und der Freiheit“, wie sie die Überlebenden, die Widerstandskämpfer, Deportierten und Internierten 1945 wollten. Es geht allein um Rohstoffreserven und die Durchsetzung von Machtinteressen. Das Selbstbestimmungsrecht von Völkern wird dabei missachtet.

Als „Botschafter des Friedens“ – ernannt von den Vereinten Nationen – rufen wir die UNO, die internationalen Organisationen und gesellschaftlichen Kräfte auf, Initiativen für eine neue internationale Friedenspolitik zu entwickeln. Dazu gehören die Anerkennung des Existenzrechtes aller Staaten sowie die Durchsetzung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Auch die Staaten der Europäischen Union können ihren Beitrag dazu leisten, wenn sie einer Militarisierung der Außenpolitik, wie sie in dem Lissaboner Vertrag zu finden ist, eine Absage erteilen.

In diesem Sinne appellieren wir an Friedenskräfte, Parteien, Gewerkschaften und Kritiker der Globalisierung, sich in Aktionen, Abstimmungen und Erklärungen für eine neue internationale Friedenspolitik einzusetzen. Die FIR ruft ihre Mitgliedsverbände dazu auf, sich mit ihren historischen Erfahrungen daran zu beteiligen.

Fédération Internationale des Résistants (FIR) - Association Antifasciste, Michel Vanderborght, Präsident der FIR, Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR ■

Nicht in unserem Namen – Keine Unterstützung für Kriegseinsätze

HANNOVER. Seit Anfang der 80er Jahre ist Hannover Patenstadt der 1. Panzerdivision. Jahr für Jahr betonen Hannovers Bürger- und Oberbürgermeister die Verbundenheit Hannovers mit der 1. Panzerdivision.

In einem Aufruf der Kampagne „Nicht in unserem Namen“, wirbt diese bei der hannoverschen Bevölkerung um Unterstützung für Unterschriften mit dem Ziel, dass möglichst viele Menschen aus Hannover mit ihrer Unterschrift verdeutlichen: „Wir sind für ein friedliches und ziviles Hannover“. Grund für diesen Aufruf ist das erneut geplante Sommerbiwak der 1. Panzerdivision.

Aus dem Aufruf:

„Die 1. Panzerdivision feiert in Hannover alljährlich ihr ‚Sommerbiwak‘ – ‚Europas schönstes Gartenfest‘ (Eigenwerbung Panzerdivision). Die 1. Panzerdivision, die Division Eingreifkräfte mit Sitz in Hannover, ist führend bei Planung und Durchführung weltweiter Interventionseinsätze im Rahmen von NATO und Bundeswehr.

So regelmäßig wie gefeiert wird, so regelmäßig wird von der Stadt Hannover, von Oberbürgermeister Weil oder einem seiner Vertreter, die enge Verbundenheit der hannoverschen Bevölkerung mit der 1. Panzerdivision betont!

Dabei wird immer wieder hervorgehoben, dass die Stadtvertretung „im Namen aller 508 107 Hannoveraner“ spricht. Dies ist zynisch. Hannover ist Partnerstadt von Hiroshima und Mitglied bei den ‚Mayors for Peace‘, den Bürgermeistern für den Frieden. Hannover muss sich für den Frieden entscheiden. Deshalb stellen wir klar:

◗ Wir stehen nicht an der Seite der 1. Panzerdivision!

◗ Wir wollen ein ziviles Hannover und eine zivile Welt.

Über die Unterstützung der Unterschriftenlisten hinaus würden wir uns über eine Beteiligung am Aktionstag gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision Hannover am 28. August ab 17:30 Uhr auf dem Theodor-Heuss-Platz (vor dem HCC) freuen.

„Zur konkreten Planung heißt es: „ Rufen wir gemeinsam zu einem Tag des Protestes und des Widerstandes auf. Mit Kundgebungen, einer Demonstration und Aktionen werden wir uns dieser Propagandaveranstaltung für das Militär entgegen stellen.

Wir werden das Militär und seine Gäste bei An- und Abreise mit dem konfrontieren, was sie so gerne verschweigen, aber dennoch tun: Sie führen Krieg!“

Quelle: AK Antimilitarismus - libertäres Netzwerk „Alerta!“ ■



Die 1. Panzerdivision?

Die erste Panzerdivision ist seit der Umgestaltung der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee zur Eingreifdivision des deutschen Heeres geworden. Sie führt Angriffskriege. Deshalb besteht die Division fast ausschließlich aus Berufs- und ZeitsoldatInnen. Weltweit ist diese Division auf drei Kontinenten im Einsatz. In Afghanistan stellt sie u. a. die schnelle Eingreiftruppe.

Was ist das ‚Sommerbiwak’?

Ein rauschendes Fest der 1. Panzerdivision soll es sein: mit einer bunten Mischung aus Kleinkunst, Bühnenshow, Tanz, Illumination und pompösem Feuerwerk wollen 6.500 geladene Gäste aus Politik, Militär und Wirtschaft feiern. ...

Wenn PolitikerInnen das „freundliche Desinteresse der Bevölkerung“ beklagen, wenn Wirtschaftsbosse sich Begeisterungsstürme für die Bundeswehr, wie beim „Auslandseinsatz“ der Fußballnationalmannschaft, wünschen oder Militärs die aktive Unterstützung der Bevölkerung einfordern, dann geht es um die Fähigkeit, Krieg zu führen. Mit dem Sommerbiwak sollen die enge Bindung der gesellschaftlichen Eliten für das deutsche Militär demonstriert und die guten Kontakte zwischen Bundeswehr, Wirtschaft und Politik gepflegt werden. Nach Aussage der zuständigenVeranstaltungsagentur „Event It“ gilt für die Einladung der Gäste: „Die Bundeswehr muss einen Sinn und Zweck darin sehen, dass man kommt.“

Warum interveniert das Militär?

Angesichts knapper werdender Ressourcen und einer Weltwirtschaftsunordnung, die für immer größere Teile der Welt Hunger und Elend bereithält, etabliert der Westen unter dem Vorwand der Terrorabwehr eine zunehmend militarisierte „Sicherheitsarchitektur“. Die Abschottung nach außen – mit Grenzregimen, Zäunen, Mauern und Lagern – korrespondiert dabei mit weltweiten Interventionen, die den

Zugriff auf „unsere“ Rohstoffe und die Freiheit der Handelswege sichern sollen. Während die Vorstandsvorsitzenden vorrechnen, wie viele Milliarden ihnen diese Sicherheit an Kosten einspart, sind es auch jetzt wieder die „Habenichtse“, die glauben einen festen und guten Job zu kriegen und dann mit dem eigenen Leben und der Gesundheit bezahlen. Zivile Möglichkeiten der Entwicklungshilfe und der Politik werden zunehmend an die militärischen Erfordernisse angepasst und diesen untergeordnet. Humanitäre Anliegen verkommen zur bloßen Propaganda, denn diese Sicherheitsarchitektur hält die weltweiten Verhältnisse aufrecht, anstatt sie zu verändern. Die militärischen Interventionen sind Teil des Problems, nicht dessen Lösung.

Die inzwischen siebenjährige Besatzung Afghanistans hat diesem Land nur Elend und Hunger und viele Tote beschert. Gegen Taliban und al Qaida sind sie ins Feld gezogen – Menschenrechte sollten angeblich verteidigt werden, vornehmlich die von Frauen. Was ist daraus geworden? Laufend steigt die Zahl der getöteten ZivilistInnen und wie in jedem Kriegsgebiet sind Frauen die Hauptleidtragenden der Militarisierung.

Mit der Entsendung immer weiterer Interventions- und BesatzungssoldatInnen wird die Situation zunehmend eskaliert. Während im Bundestag immer noch nicht vom Krieg, sondern von der Aufbauhilfe in Afghanistan geredet wird, findet der Krieg längst auch in Pakistan statt.

AK Antimilitarismus - libertäres Netzwerk „Alerta!“

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Aktionswoche gegen Abschiebehaft: Informationen unter http://abschiebefrei.blogsport.de

Abschiebehaft abschaffen!

Ein Bündnis von Abschiebehaftgruppen organisiert vom 24. bis 30. August eine Aktionswoche gegen Abschiebung. Wir unterstützen das ausdrücklich. In Deutschland werden Erwachsene, aber auch Kinder und Jugendliche ohne Eltern inhaftiert, obwohl sie keine Straftat begangen haben. Sie sind lediglich ausreisepflichtig. Gerichte verhängen Abschiebehaft, weil sie den Betroffenen unterstellen, sie könnten sonst untertauchen, um ihrer Abschiebung zu entgehen. Das Anti-Folter-Komitee des Europarates hat 2006 scharfe Kritik am Vollzug der Abschiebehaft in Deutschland geübt. Verbessert hat sich seitdem nichts.

In NRW wurden in den Jahren 2005-2007 über 6.600 Menschen in Abschiebehaft genommen. In über 1.000 Fällen dauerte die Abschiebehaft 3 bis 6 Monate. 150 Menschen wurden sogar noch länger eingesperrt. In Einzelfällen wird die gesetzliche Höchstgrenze von 18 Monaten erreicht. Ebenfalls über tausend Inhaftierte wurden aus der Abschiebehaft entlassen, ohne dass die Abschiebung tatsächlich vollzogen werden konnte. Das heißt: Der eigentliche Zweck der Abschiebehaft, die Abschiebung durchzusetzen, wird in einer großen Zahl der Fälle gar nicht erreicht. 86 unbegleitete Minderjährige wurden 2005-2007 in Abschiebehaft genommen, mit sinkender Tendenz. Im gleichen Zeitraum wurden 19 Schwangere ebenfalls ins Abschiebegefängnis gesteckt, eine davon 172 Tage lang, also mehr als die Hälfte der Schwangerschaft!

Freiheitsentzug ohne Richter

Im Sommer 2007 hat der Bundestag die Vorschriften zur Abschiebehaft neu gefasst. Seitdem dürfen die Mitarbeiter der Ausländerbehörden verfügen, wenn die Polizei einen Ausländer in Abschiebehaft nehmen soll – erst danach muss ein Richter über diese Anordnung entscheiden. Dies ist im deutschen Recht einmalig. Denn Freiheitsentzug ist die weitestgehende Grundrechtsbeschneidung, die das deutsche Recht vorsieht. Deshalb sieht das Grundgesetz vor, dass niemand ohne richterliche Anordnung in Haft genommen werden darf. Ausnahmen gelten lediglich bei Gefahr in Verzug – wenn zum Beispiel befürchtet wird, dass ein mutmaßlicher Mörder seine Spuren verwischen will. Aber das ist ja wohl kaum mit ausländerrechtlichen Verstößen zu vergleichen! Die Verhältnismäßigkeit der Mittel wird nicht gewahrt. Der Verstoß gegen die Ausreisepflicht ist eine Ordnungswidrigkeit – vom deutschen Gesetzgeber werden die „Täter" aber behandelt wie Mörder, Totschläger und Räuber. Viele Menschen in Abschiebehaft fragen sich deshalb auch zu Recht: „Warum bin ich im Gefängnis? Warum habe ich hier keine Rechte, warum werde ich wie ein Straftäter behandelt? Ich habe doch nichts getan!" In vielen Fällen gibt es zum Zeitpunkt der Inhaftierung noch gar keinen konkreten Abschiebetermin, die Betroffenen werden „auf Vorrat" in Abschiebehaft genommen. Nach den geltenden verfassungsrechtlichen Maßstäben ist sie schon allein deshalb verfassungswidrig: Maßnahmen des Staates müssen immer zweckmäßig sein, wenn dabei in die Grundrechte eingegriffen wird. Bei der Abschiebehaft trifft das offensichtlich nicht zu. Sollte wirklich nur die Abschiebung gesichert werden, würden viel kürzere Haftzeiten reichen. Offensichtlich soll die Abschiebehaft auch als Druckmittel gegen renitente Flüchtlinge und Migranten eingesetzt werden können, die sich nicht alles von der Ausländerbehörde gefallen lassen.

Frauen in Abschiebehaft

Besonders hart sind Frauen von der Abschiebehaft betroffen. In Neuss gibt es einen eigenen Abschiebeknast nur für Frauen, der einzige in Deutschland. Hier sind Frauen, die Opfer von Zwangsprostitution wurden und aus Angst nicht gegen ihre Peiniger aussagen wollen. Weil sie sich als illegale Prostituierte strafbar gemacht haben und meistens auch nicht über die nötigen Aufenthaltspapiere verfügen, werden sie in Abschiebehaft genommen. Darunter sind auch solche Frauen, die schwanger wurden – und deshalb von ihren Zuhältern der Polizei übergeben wurden. Die Betreuung dieser Frauen ist in jeder Hinsicht mangelhaft. Sowohl für die notwendige psychologische als auch medizinische Betreuung steht kaum Geld und Personal zur Verfügung, es wird lediglich das Nötigste unternommen.

Abschiebehaft macht krank

Opfern von Folter, deren Asylgesuch in Deutschland abgelehnt wurde, droht in Abschiebehaft eine Retraumatisierung. Folter ist immer mit Haft unter schlechten Bedingungen verbunden, mit einem Gefühl des Ausgeliefertseins an das staatliche Personal. Daher brechen häufig Erinnerungen daran hervor und führen zu gravierenden psychologischen Störungen. Suizidversuche kommen in Abschiebehaft regelmäßig vor. Gerade für Frauen hat sich die Situation in den letzten Jahren offenbar verschlechtert, immer mehr brauchen ambulante psychiatrische Behandlung, einige wurden auch stationär behandelt. Bei Männern, die in Kliniken eingewiesen werden, ist oftmals eine lange Haftzeit – einige waren mehr als 200 Tage im Gefängnis! – ausschlaggebend für ihre psychische Erkrankung.

Abschiebehaft – rechtsfreier Raum

Abschiebehäftlinge haben im Gegensatz zu normalen Gefangenen keinen Anspruch auf einen Anwalt, der sie in Rechtsfragen berät und vertritt. Rechtsberatung wird ehrenamtlich von engagierten Einzelpersonen angeboten oder über Spenden finanziert. Erschwerend kommt hinzu, dass der Vollzug der Abschiebehaft zum Teil privatisiert ist. Das Personal besteht also nicht aus jahrelang ausgebildeten Vollzugsbeamten mit entsprechenden rechtlichen Kenntnissen. Oft fühlen sie sich einfach auch nicht so an die Rechtsordnung gebunden wie die Kollegen im Öffentlichen Dienst. Wehren können sich die Gefangenen kaum – wer glaubt schon einem Gefängnisinsassen?

Abschiebehaft ist ein eklatanter Verstoß gegen wesentliche Normen des Rechtsstaats. Abschiebehaft macht krank und wirkt ausgrenzend. Freiheitsentzug allein zur Erleichterung einer Verwaltungsmaßnahme, der Abschiebung, ist unverhältnismäßig. Mit der Abschiebehaft sollen jene gefügig gemacht werden, die durch die Maschen des Aufenthaltsrechts gefallen sind und ausgewiesen wurden. Deswegen: Abschiebehaft abschaffen!

ulla.jelpke@bundestag.de
ulla.jelpke@wk.bundestag.de ■